

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 11

Berlin, den 6. März 1943

4. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Heinrich Kronberg, SS-Hauptscharführer,
SD-Leitabschnitt Dresden, im Dezember 1942

Josef Ficker, SS-Scharführer, SD-Außen-
stelle Falkenau, im Dezember 1942

Siegfried Feller, Kriminalangestellter,
Reichssicherheitshauptamt, im Januar 1943

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Kaspar Storch, Hilfspolizeibeamter beim
Kommandeur der Sicherheitspolizei und
des SD in Nikolajew, im Januar 1943

Andreas Woedl, SS-Sturmmann, Reservist
der Waffen-SS beim Kommandeur der
Sicherheitspolizei und des SD in Warschau,
im Februar 1943

Franz Wilhelm, Kriminaloberassistent,
Kriminalpolizeistelle Düsseldorf, im
Februar 1943

Friedrich Ehrig, SS-Bewerber, Kriminal-
oberassistent, Kriminalpolizeistelle Schwe-
rin, im Februar 1943

Anton Weberpals, SS-Oberscharführer,
Kriminaloberassistent beim Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD in War-
schau, im Februar 1943

Johannes Velde, Kriminalobersekretär
beim Kommandeur der Sicherheitspolizei
und des SD in Lemberg, im Februar 1943

Erich Zinkel, SS-Hauptscharführer, Krimi-
naloberassistent, Staatspolizeistelle Bre-
men, im Februar 1943

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Dr. Kaltenbrunner

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 17. 2. 1943 Beaufsichtigung von Schußwaffen. S. 66. — RdErl. 19. 2. 1943 Verpflegungszulagen für Angeh. dSPud. SD. S. 66. — RdErl. 22. 2. 1943 Liste des schäd. u. unerwünschten Schrifttums. S. 67. — RdErl. 23. 2. 1943 Dienstzeit bei der Hilfspolizei. S. 67. — RdErl. 24. 2. 1943 Dienstreisen in das neubesetzte Frankreich. S. 67. — RdErl. 26. 2. 1943 Beamte der Reichskrim.Pol., die zu den Dienststellen der

Geh. Staatspol. abgeordnet sind. S. 67. — RdErl. 1. 3. 1943 Beschlagn. v. Druckschriften, die nicht in die Liste des schäd. u. unerwünschten Schrifttums eingereiht sind. S. 67.
Geheime Staatspolizei. RdErl. 23. 2. 1943 Verkauf von Waffen u. Munition an Ausländer u. Fremdvölkische. S. 68.
Verschiedenes. Anschriften. S. 68.
Personalmitteilungen. S. 68.

Sicherheitspolizei und SD

Beaufsichtigung von Schußwaffen.

RdErl. des RSHA. vom 17. 2. 1943

— I C 2 Nr. 1119/42 —

(1) Jedem Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD, dem eine Schußwaffe (Pistole) ausgehändigt worden ist, muß es eine selbstverständliche Pflicht sein, diese Waffe so zu verwahren, daß sie nicht verlorengehen oder in unberufene Hände geraten kann. Ich verweise nochmals auf den RdErl. des RSHA. vom 22. 2. 1941 — I KS-(dienstl. Körperschulung) r-1 Nr. 1503/41 — (Befehlsbl. S. 41), wonach die Schußwaffen bei Reisen mit der Reichsbahn und anderen Verkehrsmitteln, bei Aufenthalt in Lokalen, Theatern oder Kinos stets aus der Pistolentasche zu nehmen und in gesichertem Zustand in eine Anzugtasche zu stecken sind, und zwar in jedem Falle also ohne Rücksicht darauf, wer sich sonst an dem betreffenden Orte aufhält.

(2) Obwohl der RdErl. vom 22. 2. 1941 allen Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD halbjährlich zur Kenntnis gebracht werden soll, ist der Verlust von Dienstpistolen unerträglich hoch.

(3) Mit jeder abhanden gekommenen Dienstwaffe geht wertvoller Rohstoff verloren. Die Abbuchung der Waffe, die Neuausrüstung des Besitzers erfordert Verwaltungsarbeit, die besser wichtigeren Aufgaben zukäme. Das Bedeutsamste aber ist, daß der größte Teil der abhanden gekommenen Waffen in die Hände von Verbrechern und Staatsfeinden geraten ist.

(4) Ich ordne daher an:

- Bei Ausgabe von Dienstwaffen ist dem Empfänger der vorerwähnte RdErl. vom 22. 2. 1941 bekanntzugeben.
- Die Dienststellenleiter haben einen strengen Maßstab bei der Prüfung der Frage anzulegen, ob gegen den Schuldigen ein // u. Polizeigerichtsverfahren einzuleiten ist.
- Sowohl bei dienstlichen Belehrungen als auch insbesondere bei der Schießausbildung ist dieser Erlaß und der RdErl. vom 22. 2. 1941 in Erinnerung zu bringen.
- Bei Verlust von Waffen, wie auch von Ferngläsern und Fahrrädern durch eigenes Verschul-

den ist zwecks Klärung der Regreßfrage der verantwortliche Träger zur Sache zu vernehmen. Sind Zeugen vorhanden, so sind auch diese zur Sache zu hören. Dem Vernehmungsprotokoll ist eine Stellungnahme des Dienststellenleiters oder seines Vertreters im Amt beizufügen. In der Stellungnahme ist auf die Schwere des Verschuldens, die dienstliche und außerdienstliche Führung und auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Haftpflichtigen einzugehen. Die Absetzung der verlorengegangenen oder zerstörten Waffen usw. in der Zentralkartei und den Bestandsbüchern der Ausgabestelle im Reich, veranlaßt das RSHA. nach Eingang der Verlustanzeige.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 66.

Verpflegungszulagen für Angehörige der Sich.Pol. u. des SD.

RdErl. des RSHA. vom 19. 2. 1943

— II C 2 Nr. 3536/42 —

Bei der Auslegung des RdErl. vom 5. 12. 1942 (Befehlsbl. S. 358) sind Zweifelsfragen aufgetreten, zu deren Beseitigung folgendes verfügt wird:

(1) Der RdErl. vom 5. 12. 1942 ist wie folgt zu ergänzen:

- Die Fassung in dem Abs. (3) c) ist zu streichen, dafür tritt folgender Wortlaut:
„an 6 Tg. d. Woche, so erhält er 150 g Fleisch, 500 g Brot, 20 g Margarine.“
- Die Fassung des Abs. (3) d) ist zu streichen, dafür tritt der Wortlaut des bisherigen Abs. (3) c).
- Hinter Abs. (3) d) ist einzufügen:
e) „bei längeren Einsätzen können die wöchentlich zuständigen Zulagen entsprechend bewilligt werden“.

(2) Erstreckt sich der Zeitlauf unter a)–d) auf zwei Kalenderwochen, so ist die Unterverteilung der zuständigen Zulagen für eine Kalenderwoche in gleicher Weise vorzunehmen.

(3) Die Voraussetzungen für die Gewährung der Zulagen sind somit als erfüllt anzusehen, wenn in

einer Zeitspanne von 7 Tagen an 2, 4, 6 oder 7 Tagen eine durchgehende Arbeitszeit von 24 Stunden besteht oder mindestens 10 Stunden ununterbrochen Vollzugsdienst geleistet wird. Sind diese Voraussetzungen in 7 aufeinanderfolgenden Tagen nur an einem Tage erfüllt, so dürfen keine Zulagen gewährt werden. Sind sie an 3 Tagen erfüllt, so besteht Anspruch auf

50 g Fleisch, 200 g Brot und 10 g Margarine.

Sind sie an 5 Tagen erfüllt, so können

100 g Fleisch, 400 g Brot und 15 g Margarine

gewährt werden.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 66.

Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums.

RdErl. des RSHA. vom 22. 2. 1943

— IV C 3 —

Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 23. 5. 1940 (Befehlsbl. S. 37) werden folgende neue Einreichungen mitgeteilt:

Schmitz, Jakob: „Ein heiliger Stamm“, Verlag Kösel & Pustet, München 1940;

Marschall, Hanns: „Wilhelmstraße 76, Leben eines Geheimrats“, Verlag Otto Schaffer, Berlin.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 67.

Dienstzeit bei der Hilfspolizei.

RdErl. des RFuChdDtPol. i. RmDI. vom 23. 2. 1943

— S I A 1 a Nr. 879/42-352-4 —

(1) Mein RdErl. vom 11. 10. 1941 — O-Kdo. II P I (1b) 367/41 — (MBIIV. S. 1831), betr. Dienstzeit bei der Hilfspolizei, ist sinngemäß auch auf die Beamten des mittleren Vollzugsdienstes der Sich.Pol. bei der Ernennung zu Kriminalassistenten und Kriminaloberassistenten mit der Maßgabe anzuwenden, daß Dienstzeiten in der Hilfspolizei nur bis zu einem Jahr angerechnet werden dürfen. Bei Beamten, die vor Übernahme in das Beamtenverhältnis in der Hilfspolizei und als Kriminalangestellte tätig waren, ist die Dienstzeit in der Hilfspolizei und im Kriminalangestelltenverhältnis zusammen mit höchstens einem Jahr anzurechnen.

(2) Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß nicht nur die bei der früheren Hilfspolizei in den Alpen- und Donau-Reichsgauen, im Sudetengau, in den eingegliederten Ostgebieten und im Generalgouvernement, sondern grundsätzlich alle bei der Deutschen Polizei abgeleisteten Hilfspolizeidienstzeiten auf die Polizeidienstzeit anrechnungsfähig sind.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 67.

Dienstreisen in das neubesetzte Frankreich

RdErl. des RSHA vom 24. 2. 1943

— II A 1 Nr. 153 IV/42-151 —

(1) Mit Anordnung A 1/43 (Reichsverfügungsbl. der Partei-Kanzlei vom 12. 1. 1943) hat der Leiter der Partei-Kanzlei befohlen, daß alle Angehörigen von Parteidienststellen einschließlich der Gliederungen und angeschlossenen Verbände der NSDAP. bei Dienstreisen in das neubesetzte Frankreich zunächst

die Zustimmung der Partei-Kanzlei herbeizuführen haben.

(2) Es wird darauf hingewiesen, daß diese Anordnung auf die Dienstreisen der SD-Angehörigen in das neubesetzte Frankreich keine Anwendung findet. Für diese Dienstreisen ist nach wie vor der RdErl. des RFuChdDtPol. i. RmDI. vom 9. 8. 1941 — S I A 1 a Nr. 141/41 — (Befehlsbl. S. 161) maßgebend.

(3) Allgemein wird bei dieser Gelegenheit Abs. (3) des RdErl. vom 9. 8. 1941 (Befehlsbl. S. 161) in Erinnerung gebracht. Danach hat jeder Angehörige der Sich.Pol. u. des SD, der in dienstlichem Auftrage in besetzte Gebiete einreist, den zuständigen örtlichen Befehlshaber oder Kommandeur der Sich.Pol. u. des SD hiervon in Kenntnis zu setzen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 67.

Beamte der Reichskriminalpolizei, die zu den Dienststellen der Geh. Staatspolizei abgeordnet sind.

RdErl. des RSHA. vom 26. 2. 1943

— I A 1 a Nr. 99/43 —

(1) Die von der Reichskriminalpolizei zur Verstärkung der Geh. Staatspolizei abgeordneten Beamten können künftig von ihren derzeitigen Beschäftigungsdienststellen für eine Verwendung im auswärtigen Einsatz vorgeschlagen werden, soweit sie hierfür geeignet sind. Die zuständige Heimatdienststelle der Reichskriminalpolizei ist bei den Vorschlägen in jedem Falle anzugeben.

(2) Die nicht veröffentlichten RdErlasse vom 28. 10. 1940 — I C (a) 1 f Nr. 7520/40 — und vom 8. 2. 1941 — I C (a) 1 f Nr. 7505/41 — sind insoweit überholt.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 67.

Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereiht sind.

RdErl. des RSHA. vom 1. 3. 1943

— IV C 3 Nr. 4174/B —

Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 9. 6. 1941 — IV C 3 (neu) Nr. 4174/B — (Befehlsbl. S. 103) werden folgende Druckschriften mitgeteilt, die ohne Einreichung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu beschlagnahmen und einzuziehen sind:

Bernhard, Ludwig: sämtliche Schriften, Verlag Bruno Geyh, Weinböhla/Sa.;

Matura, Ottokar: „Das deutsche Genie“, Österr. Landesverlag, Wien 1941;

Meyer, A., Pfarrer: „Segnendes Leid — Erlebnisse an Krankenbetten“, Salvator-Verlag Mülhausen i. Els.;

Schmitz, Karl: „Das Schicksal der Schwestern Stabinski“, Dreizack-Verlag, Hamburg Altona 1;

Wagner, Stephan: „Die Ganzhingabe an Maria“, Verlag Johannisbund, Berlin;

Röber, Johannes: „Werkzeugmaschinen für Holzbearbeitung“, Frawin-Verlag, Franz Winter, Leipzig.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 67.

Geheime Staatspolizei

Verkauf von Waffen und Munition an Ausländer und Fremdvölkische.

RdErl. des RSHA. vom 23. 2. 1943

— II A 2 Nr. 114/43-173-5 —

(1) Unter den zur Zeit im Reichsgebiet gegebenen Verhältnissen ist es selbstverständlich, daß Waffen und Munition nicht in die Hände von Ausländern und Fremdvölkischen gehören. Ein Waffenhändler, der gegen dieses selbstverständliche Gebot verstößt, beweist damit, daß ihm die erforderliche persönliche Zuverlässigkeit zum gewerbsmäßigen Handel mit Waffen und Munition fehlt. Sein Einwand, daß das

Waffengesetz insoweit keine Beschränkungen anordne, ist unbeachtlich.

(2) Ich ersuche daher, die örtlich zuständige Kreispolizeibehörde zu veranlassen, dem Waffenhändler Leo Bartsch in Ratibor die Erlaubnis zum Handel mit Waffen und Munition gemäß § 7 Abs. 2, § 3 Abs. 4 und § 5 Abs. 1 des Waffengesetzes vom 18. 3. 1938 (RGBl. I S. 265) wegen mangelnder persönlicher Zuverlässigkeit zu entziehen.

An

die Staatspolizeistelle in Oppeln (auf den Bericht vom 14. 1. 1943 — Br. Nr. IIG(A) 2005/42-020 —).

Nachrichtlich: allen Staatspolizei(lei)stellen.

— Befehlsblatt S. 68.

Verschiedenes

Anschriften.

Die Dienststelle des Inspektors der Sich.Pol. u. des SD in Hamburg befindet sich

in Hamburg 13, Badestr. 46 (Fernspr.: 55 38 44),

die des Inspektors der Sich.Pol. u. des SD in Nürnberg

in Nürnberg, Mittlere Pirkheimerstr. 14 a (Fernspr.: 52 441).

(II A 1 Nr. 91 u. 106/43-165) — Befehlsblatt 1943 S. 68.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Beauftragt m. d. Wahrnehmung d. Dienstaufsicht über die Führerschule der Sich.Pol.: //Obersturmbannführer Hotzel.

//Brigadeführer Gen.Maj. d. Pol. Schulz (Amtschef I im RSHA.) ist zugleich von den Dienstgeschäften als Kommandeur der Führerschule der Sich.Pol. enthunden worden.

Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Eingesetzt als Kommandeur dSPudSD in Lemberg: //Obersturmbannführer Ob.Reg.Rat Dr. Witiska (bisher Stapoleitst. Prag).

Staatspolizei(lei)stellen.

Versetzt: //Obersturmbannführer Ob.Reg.Rat vom Felde (Weimar) zum RSHA.;

die Pol.Ob.Inspektoren Becker (Berlin) n. Düsseldorf, Michael (Befh. Krakau) n. Magdeburg;

//Obersturmführer Pol.Insp. Amelsberg (Münster) zum Kdr. Lemberg, die Pol.Inspektoren

Jantzen (Kdr. Krakau) zum RSHA.-VI, Kühn (Kdr. Lemberg) n. Posen;

die apl. Pol.Inspektoren Quiel u. Hanne (Breslau) zum RSHA.

Die Versetzungen des //Obersturmführers Pol.Insp. Moeck (Königsberg) zum RSHA.-VI u. des Pol.Insp. Hahn (Kdr. Krakau) zum RSHA sind aufgehoben worden.

Abgeordnet mit dem Ziele der Versetzung: //Sturmbannführer Reg.Rat Dr. Bauer (Klagenfurt) n. Frankfurt/Oder als Leiter;

die Pol.Inspektoren Reichelt (Kdr. Krakau) n. Hamburg u. Rautenberg (Königsberg) zum RSHA.-VI.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum Krim.Direktor: Krim.Rat Arnold Kirste (Breslau);

zu Krim.Sekretären: die Krim.Ob.Assistenten Georg Hollunder, Alfred Menzel u. Bruno Fröhmer (sämtl. KPLSt. Breslau);

zum apl. Krim.Assistenten: Krim.Ass.Anw. Otto Hinz (KPSt. Flensburg).

— Befehlsblatt 1943 S. 68.

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 12

Berlin, den 13. März 1943

4. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Walter Katterbach, SS-Obersturmführer, Kriminalkommissar, Kriminalpolizeistelle Kassel, im Dezember 1942

Otto Nordt, SS-Bewerber, a. pl. Kriminalassistent, Staatspolizeistelle Berlin, im Januar 1943

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Hermann Paal, SS-Unterscharführer, Reservist der Waffen-SS beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Kiew, im Dezember 1942

Johann Gert, Dolmetscher beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Kiew, im Dezember 1942

Rolf Maurer, SS-Hauptsturmführer, Reichssicherheitshauptamt, im Februar 1943

Adolf Piwowar, Kriminalangestellter, Kriminalabteilung Sosnowitz, im Februar 1943

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Dr. Kaltenbrunner

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 6. 1. 1943 Freie Heilfürsorge f. Pol.Offiziere in der Sich.Pol. S. 70. — RdErl. 26. 2. 1943 Neuregelung der ärztl. Einsatzuntersuchung. S. 70. — RdErl. 26. 2. 1943 Luftschutzmaßnahmen. S. 71. — RdErl. 27. 2. 1943 Beheizung der Diensträume. S. 71. — RdErl. 1. 3. 1943 Kommandierte der Waffen-~~ff~~. S. 71. — RdErl. 2. 3. 1943 Anforderung besonderer Kosten. S. 71. — RdErl. 4. 3. 1943 Vereinfachung der Verwaltung; hier: Festsetzung u. Regelung der Versorgungsbezüge f. d. Beamten der Sich.Pol. (ohne

Krim.Pol.). S. 71. — RdErl. 5. 3. 1943 Liste des schädli. u. unerwünschten Schrifttums. S. 72. — RdErl. 6. 3. 1943 Lieferung des Befehlsblattes des ChdSPudSD, an die Rechnungs-Vorprüfungsstellen. S. 72. — RdErl. 9. 3. 1943 Kassenanschlag der Sich.Pol. f. d. Rechn.Jahr 1943. S. 72.

Verschiedenes. RdErl. 5. 3. 1943 Wohnungsfürsorge. S. 73.

Personalmitteilungen. S. 74.

Sicherheitspolizei und SD

Freie Heilfürsorge für Polizei-Offiziere in der Sich.Pol.

RdErl. des RSHA. vom 6. 1. 1943

— II C 2¹ Nr. 12/43-288-8 —

(1) Es ist noch nicht allgemein bekannt, daß auch die Polizei-Offiziere in der Sich.Pol. für ihre Person Anspruch auf freie Heilfürsorge haben. Die Grundlage der freien Heilfürsorge bilden die Heilfürsorgebestimmungen für die Polizei des Reichs (PDV. 10). Der in Nr. 17 der PDV. 10 aufgeführte Personenkreis ist durch den Erl. des RF~~ff~~uChdDtPol. i. RMdL. vom 26. 5. 1941 — O-Kdo. III San 16 Nr. 121 IV/40 — (nicht veröffentl.) u. a. auch auf die Generale der Polizei ausgedehnt worden. Der Umfang der freien Heilfürsorge ergibt sich aus Ziff. 18 der genannten Bestimmung. Hiernach gehören zur freien Heilfürsorge:

- a) ärztliche Behandlung,
- b) Verabfolgung von Heilmitteln, Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln,
- c) Zahnbehandlung,
- d) fachärztliche Behandlung,
- e) Krankenhausbehandlung,
- f) Kuren in Polizei-Kuranstalten,
- g) Bade- u. Heilstättenkuren,
- h) Pflege nach § 110 DBG., wenn die Erkrankung auf einen Dienstunfall zurückzuführen ist.

(2) Die ärztliche Behandlung erfolgt in der Regel durch den Polizei-(Vertrags)arzt (Ziff. 19 PDV. 10), der nötigenfalls die Überweisung in eine fachärztliche Behandlung bzw. in ein Krankenhaus veranlaßt. Ist am Erkrankungsort ein Polizei-(Vertrags)arzt nicht vorhanden, kann der Heilfürsorgeberechtigte einen Privatarzt zu Rate ziehen. Er hat in diesem Fall den Arzt vor der Untersuchung auf die Zuständigkeit der freien ärztlichen Behandlung auf Reichskosten unter Hinweis auf die gültige Gebührenordnung für Ärzte aufmerksam zu machen (Ziff. 117 PDV. 10).

(3) Die Familienangehörigen haben nur dann Anspruch auf freie Heilfürsorge, soweit es sich um Ehe-

frauen und kinderzuschlagsberechtigte Kinder von heilfürsorgeberechtigten Polizeivollzugsbeamten handelt, die

- a) zu den kasernierten Einheiten der Schutzpolizei und Gendarmerie sowie zum Lehrpersonal der Polizei- und Gendarmerieschulen gehören und dort Dienst tun,
- b) zur Dienstleistung dorthin abgeordnet sind,
- c) in Dienstgebäuden wohnen, in denen Schutzpolizei oder Gendarmerie geschlossen untergebracht ist (vgl. Ziff. 123 PDV. 10).

(4) Im übrigen empfehle ich, sich mit den Bestimmungen der PDV. 10 vertraut zu machen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 70.

Neuregelung der ärztlichen Einsatzuntersuchung.

RdErl. des RSHA. vom 26. 2. 1943

— I San. Nr. 403/43 —

(1) Unter Bezugnahme auf den RdErl. des RSHA. vom 25. 11. 1942 — I A 1 d Nr. 869/42-352-7 — (Befehlsbl. S. 354) wird angeordnet, daß mit sofortiger Wirkung bei der ärztlichen Untersuchung der zum auswärtigen Einsatz gelangenden Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD ein Gesundheitsblatt, wie es bei der Truppe üblich ist (G-Blatt), in doppelter Ausfertigung anzulegen ist.

(2) Die G-Blätter sind bei der Materialverwaltung des RSHA., Berlin SW 68, Zimmerstr. 14—16, unter Angabe der ungefähr benötigten Stückzahl, anzufordern.

(3) Die eine Ausfertigung des Gesundheitsblattes ist zu den Personalakten zu nehmen; der untersuchende Arzt hat für ordnungsmäßige Übersendung Sorge zu tragen. Die zweite Ausfertigung ist dem zum Einsatz abgeordneten Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD in verschlossenem Umschlage zur Abgabe bei dem zuständigen Truppenarzt mitzugeben.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 70.

Luftschutzmaßnahmen.

RdErl. des RSHA. vom 26. 2. 1943

— II HK (Luftschutzref.) Nr. 59/43 —

(1) Der Reichsmin. der Luftfahrt u. Oberbefehlshaber der Luftwaffe weist darauf hin, daß bei Zerstörung von Geschäftsgebäuden der Banken und Sparkassen durch Luftangriffe die Gefahr der Vernichtung der Geschäftsbücher und Belege besteht, aus denen sich der Geschäftsverkehr mit den Kunden, die Höhe ihrer Guthaben, die Anzahl und Art der hinterlegten Wertpapiere usw. ergibt. Zum Nachweis der vor der Zerstörung vorhandenen Werte und Kontostände sowie zur Wiederherstellung des laufenden Geschäftsverkehrs können alsdann nur noch die sich in Händen der Kunden befindlichen Unterlagen dienen.

(2) Es ist daher notwendig, daß diese Unterlagen besonders sorgfältig aufbewahrt werden und die wichtigsten, z. B. Sparkassenbücher, Konto- und Depotauszüge, bei Fliegeralarm in die Luftschutzräume mitgenommen werden.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 71.

Beheizung der Diensträume.

RdErl. des RSHA. vom 27. 2. 1943

— II C 3 Nr. 1855/43-265-1 —

(1) Nach einer Mitteilung des Vorsitzers der Reichsvereinigung Kohle müssen die Behörden bei der Zuteilung von Brennstoffen für das Kohlenwirtschaftsjahr 1943/44 infolge des gesteigerten Bedarfs der Rüstungsindustrie und der Reichsbahn mit einer wesentlichen Belieferungsbeschränkung rechnen. Im Hinblick hierauf ersuche ich, schon jetzt alle geeignet erscheinenden Maßnahmen zu treffen, durch die der Brennstoffverbrauch auf das geringste zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes notwendige Maß herabgesetzt und eine Reserve für den nächsten Winter geschaffen wird.

(2) Ich ersuche, die Dienststellenleiter — beim RSHA.: die Hausherren — die Durchführung der getroffenen Maßnahmen zu überwachen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 71.

Kommandierte der Waffen-~~SS~~.

RdErl. des RSHA. vom 1. 3. 1943

— I A 1 a Nr. 5/43 —

In Zukunft führen alle der Sich.Pol. und dem SD zur Dienstleistung zugewiesenen Angehörigen der Waffen-~~SS~~ die einheitliche Bezeichnung „Kommandierte der Waffen-~~SS~~“. Die bisherige Bezeichnung „~~SS~~-Reservisten“ oder „Reservisten der Waffen-~~SS~~“ ist nicht mehr zu verwenden. Vordrucke für Stärkemeldungen usw. sind entsprechend zu berichtigen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 71.

Anforderung besonderer Kosten.RdErl. des RF~~u~~ChdDtPol. i. RMdI. vom 2. 3. 1943— S II C 2⁴ Nr. 5520/43-290 a-1 —

(1) Die gemäß Ziff. 4 des RdErl. vom 18. 6. 1941 — S II C 3 Nr. 121/41 g-274-13 — (nicht veröffentl.) erteilte Genehmigung zur Kostenanforderung für kame-

radschaftliche Betreuung erlischt mit Ablauf des Rechnungsjahres 1942 (31. 3. 1943).

(2) Künftig erforderliche Kosten für die gleiche Zweckbestimmung sind auf Grund des RdErl. vom 31. 12. 1942 — S II C 2 Nr. 6606/42 — (nicht veröffentl.) ab 1. 4. 1943 bei den zuständigen Befehlshabern, Inspektoren oder Einsatzgruppenchefs der Sich.Pol. u. des SD zu beantragen.

(3) Auf die den Kriegsverhältnissen anzupassende Sparsamkeit wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 71.

Vereinfachung der Verwaltung; hier:

Festsetzung und Regelung der Versorgungsbezüge für die Beamten der Sich.Pol. (ohne Krim.Pol.).

RdErl. des RF~~u~~ChdDtPol. i. RMdI. vom 4. 3. 1943

— S II C 2 Nr. 747/42-280 —

(1) Der RdErl. des RMdI. vom 28. 11. 1942 — II c 461/42-6120 — betr. Vereinfachung der Verwaltung; hier: Übertragung von Befugnissen der obersten Dienstbehörde auf die für die Festsetzung der Versorgungsbezüge zuständigen Behörden (MBliV. S. 2219) gilt auch für die Regelungsbehörden der Sich.Pol. Dadurch ist der Abs. 5 des Abschn. II und der Abschn. III meines Erl. vom 22. 9. 1937 (MBliV. S. 1574) überholt.

(2) In Zukunft ist mir nur noch von den auf Grund der Unfallfürsorgebestimmungen (§ 107 DBG.) festgesetzten Versorgungsbezügen eine Nachweisung zur Kenntnis vorzulegen. Die Vorlage der Pers.Akte ist nicht erforderlich.

(3) Ich weise bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß beim Vorliegen der Voraussetzungen des WFGV. bzw. EWFVG. oder der Personenschädenverordnung neben der Versorgung nach dem DBG. ein zusätzliches Versorgungsverfahren nach dem WFGV. und EWFVG. sowie die Umstellungsbeihilfe nach dem RdErl. vom 28. 2. 1941 (MBliV. S. 390) beim zuständigen Versorgungsamt zu beantragen ist.

(4) Dabei ist folgendes zu beachten:

- Nach § 115 Abs. 6 WFGV. wird eine Witwenrente neben Witwengeld und Sterbegeld nach anderen Gesetzen nur insoweit gezahlt, als sie mit diesen Bezügen monatlich 150 RM nicht übersteigt. Beträgt beispielsweise das Witwengeld nach dem DBG. 98,20 RM, so wird die Witwenrente nach dem WFGV. nur noch in Höhe von 51,80 RM gezahlt.
- Nach § 118 Abs. 6 WFGV. wird die Waisenrente neben Waisen- und Sterbegeld nach anderen Gesetzen nur insoweit gezahlt, als sie bei Halbwaisen monatlich 30 RM und bei Vollwaisen monatlich 50 RM nicht übersteigt.
- Die Witwen- und Waisenzulagen gem. §§ 17 u. 19 EWFVG. werden neben jedem anderen Einkommen gezahlt (§ 22 EWFVG.).
- Eine Umstellungsbeihilfe wird gewährt, wenn die gesamten Versorgungsbezüge (einschl. Witwen- u. Waisenzulagen) hinter dem früheren Einkommen zurückbleiben.

(5) Im übrigen verweise ich auf das den Dienststellen übersandte Buch „Berater für Hinterbliebene“.

An die Regelungsbehörden der Sich.Pol.

— Befehlsblatt S. 71.

Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums.

RdErl. des RSHA. vom 5. 3. 1943 — IV C3 —

Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 23. 5. 1940 (Befehlsbl. S. 37) werden folgende neue Einreichungen mitgeteilt:

Mueller-Senftenberg, Margarete: „Götzendämmerung in Religion und Wissenschaft“, Robert Kämmerer-Verlag, Berlin;

Groth, Helge: „Dichter des Humanismus im heutigen Deutschland“, Verlag Rudolf Pfau, Berlin;

Gräfin von Podewils-Dürnitz, Gertrud: „Don Pedro, der Indio“, Globus-Verlag GmbH, Berlin, 1941;

Baumgarten, Dr. phil., Franziska: „Die Berufseignungsprüfungen — Theorie und Praxis“, Verlag R. Oldenbourg, München-Berlin, 1928.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 72.

Lieferung des Befehlsblattes des Chefs der Sich.Pol. u. des SD an die Rechnungs-Vorprüfungsstellen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 6. 3. 1943

— II A 1 Nr. 1 II/43-151 —

(1) Als Unterlage für die Prüfung der Rechnungen der Sich.Pol. haben die Staatspolizei(lei)stellen (außer Berlin, Prag, Brünn), die Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD (außer Paris) und die Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD in Bialystok und Marburg/Drau den zuständigen Vorprüfungsstellen (Rechnungsprüfungsbeamten der Regierungen bzw. Pol.-Rechnungsrevisoren der Ordn.Polizei), soweit es nicht bereits geschehen sollte, ab sofort ein Stück der Ausgabe A des Befehlsblattes laufend zuzustellen. Die Befehlsblattzuteilung der in Frage kommenden Staatspolizei(lei)stellen, Befehlshaber u. Kommandeure wird entsprechend erhöht. Die seit Januar 1943 erschienenen Nummern werden zur Weiterleitung an die Vorprüfungsstellen nachgeliefert.

(2) Die Vorprüfungsstellen sind darauf hinzuweisen, daß das Befehlsblatt wegen des teils vertraulich zu behandelnden Inhalts nur für den Dienstgebrauch bestimmt und dies bei der Auswertung und Aufbewahrung des Blattes zu beachten ist.

Zusatz f. d. Befh. in Belgrad u. d. Kdr. in Marburg: Dieser RdErl. tritt für die dortige Dienststelle am 1. 4. 1943 in Kraft.

An die Staatspolizei(lei)stellen (außer Berlin, Prag, Brünn), die Befehlshaber dSPudSD. (außer Paris) u. die Kommandeure der SPudSD. in Bialystok u. Marburg/Drau. — Befehlsblatt S. 72.

Kassenanschlag der Sich.Pol. für das Rechnungsjahr 1943.

RdErl. des RF//uChdDtPol. i. RMDI. vom 9. 3. 1943

— S II C 1 Nr. 529/43-226-1 —

(1) Für das Rechnungsjahr 1943 wird zur Geschäftsvereinfachung kein neuer Kassenanschlag für die Sich.Pol. ausgefertigt. Maßgebend sind

a) hinsichtlich der Planstellen für Beamte:

Der Stellenplan im Kassenanschlag 1942 unter Berücksichtigung der im Laufe des Rechnungs-

jahres 1942 durch Einzelerlaß verfügten Änderungen (Stand: 31. 3. 1943).

b) Hinsichtlich der Haushaltsmittel:

Die durch den Kassenanschlag 1942 zugeteilten Mittel.

Darüber hinaus erforderliche Planstellen und Haushaltsmittel werden ggfs. durch besonderen Erlaß zugewiesen. Bei der Beantragung weiterer Haushaltsmittel ist der vorgeschriebene Vordruck zu verwenden.

(2) Ein Stellenplan für Angestellte und Arbeiter (einschl. Ersatz- und Ergänzungskräfte) wird für die Dauer des Krieges nicht mehr aufgestellt. Die Dienststellen werden hierdurch ermächtigt, die erforderlichen Hilfskräfte ohne vorherige Genehmigung einzustellen. Die Einstufung ist nach den Tätigkeitsmerkmalen der TO. A und der TO. B, der Dienstordnung für Kriminalangestellte sowie nach Abschnitt D der Richtlinien zu der Anordnung des RMDI, betr. die Dezentralisierung der Personalverwaltung im Bereich der Sich.Pol. vom 24. 9. 1942 (Befehlsbl. S. 283), vorzunehmen. Ich erwarte, daß diese im Interesse der Verwaltungsvereinfachung erteilte Ermächtigung nicht mißbraucht wird. Vor allem dürfen bei der eigenen Dienststelle nicht mehr Kräfte beschäftigt werden, als unbedingt notwendig sind. Hierbei ist den Erfordernissen des totalen Krieges weitgehendst Rechnung zu tragen.

(3) Es werden folgende neue Kassenanschlagstellen errichtet:

1. Reichssicherheitshauptamt (Haushalt Kap. 14a) (Vereinigung der Kassenanschläge Geheimes Staatspolizeiamt und Reichskriminalpolizeiamt einschl. der wirtschaftlichen Betreuung des Jugendschutzlagers Uckermark).
2. Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Bialystok (selbständige Kassenanschlagstelle ab 1. 10. 1942).
3. Jugendschutzlager Moringen (vom Haushalt der Waffen-SS übergegangen).
4. Polen-Jugendbewahrlager Litzmannstadt (neu errichtet).

Dem Reichssicherheitshauptamt stehen im Rahmen des Abs. 1 für 1943 die Planstellen und Haushaltstitel zu, die den Kassenanschlagstellen Geh. Staatspolizeiamt und Reichskriminalpolizeiamt für 1942 zugewiesen wurden. Der Kommandeur der Sich.Pol. u. des SD in Bialystok tritt haushaltsrechtlich an die Stelle der inzwischen suspendierten Staatspolizeistelle Allenstein. Dem Jugendschutzlager Moringen und dem Polen-Jugendbewahrlager Litzmannstadt werden demnächst durch besonderen Erlaß Planstellen für Beamte und Haushaltsmittel zugewiesen.

(4) Im Rechnungsjahr 1943 treten folgende Änderungen in den Buchungsstellen und Zweckbestimmungen ein.

1. Neue Zweckbestimmungen:

Kap. V 14a Titel 4b „Außerordentliche Zuschüsse zum Wohnungsgeldzuschuß für nicht-beamte Gefolgschaftsmitglieder“.

Kap. V 14a Titel 6b „Außerordentliche Zuschüsse zum Wohnungsgeldzuschuß für Beamte“.

Diese Ausgaben, die bisher aus Unterstützungsmitteln bei den Titeln 4a und 6 zu zahlen waren, sind bei den Titeln 4b und 6b ohne besondere Bereitstellung von Mitteln zu buchen.

2. Wegfallende Zweckbestimmungen: Titel 9 bei Kap. V 10a, Titel 51 bei Kap. V 14a

sowie die Unterteile b und c bei Kap. V E 23 a Titel 11 fallen künftig weg.

3. Änderung und Neufassung von Zweckbestimmungen:

Kap. V 14 a Titel 7. Die Unterteile von Titel 7 fallen weg. Es bleibt nur noch der Titel 7 bestehen, der folgenden Wortlaut erhält: „Trennungsentschädigung an versetzte Beamte und Angestellte und Fahrkosten für versetzte und auswärts beschäftigte Beamte und Angestellte zum Besuch der von ihnen getrennt lebenden Familie“.

Kap. V 14 a Titel 33.

Der Titel erhält folgende Neufassung:

„Titel 33: Gefangenwesen.“

Unterteil 1: Kosten für Gefangene, soweit sie nicht anderen Titeln zur Last fallen.

Unterteil 2: Gefangenentransport.

Unterteil 3: Arbeitsbetriebe.“

Bei Unterteil 1 sind die in den Erläuterungen der Buchungstafel für 1942 unter a) und c), bei Unterteil 2 die unter b) und bei Unterteil 3 die unter d) und e) aufgeführten Ausgaben zu buchen.

4. Sonstige Änderungen:

Kap. V 14 a Titel 4. Die Ausgaben für Ersatz- und Ergänzungskräfte brauchen nicht mehr in einer besonderen Spalte nachgewiesen zu werden. Sämtliche Ausgaben sind ohne besondere Bereitstellung von Mitteln zu leisten.

Kap. V 14 a Titel 8. Die Ausgaben sind getrennt nach Unterteilen zu buchen, und zwar:

Unterteil a) „Abfindungen für ausscheidende verheiratete weibliche Beamte“.

Unterteil b) „Übergangsgeld für entlassene Beamte auf Widerruf“.

Unterteil c) „Übergangsgeld für Angestellte und Lohnempfänger“.

Unterteil d) „Versorgungsbezüge früherer Angestellter und Lohnempfänger sowie der Hinterbliebenen von solchen“.

Kap. V. 14 a Titel 20. Die durch den Kassenanschlag für 1942 zugeteilten Mittel sind nicht bindend. Die Ausgaben können, wie in den Erläuterungen zur Buchungstafel 1942 angegeben, ohne besondere Bereitstellung von Mitteln geleistet werden.

(5) Durch den Wegfall des Stellenplans für Angestellte und Arbeiter erübrigt sich künftig die Führung von Planstellenüberwachungslisten gem. § 39 RWB. für diese Kräfte und für die Dienststellen, die nach der Vorschrift für die Polizei Nr. 24 verfahren, die Legung einer Jahresrechnung für Angestellte. An Stelle der Jahresrechnung ist am Jahres-schluß lediglich eine Zusammenstellung zu den Personalkarten, getrennt nach Unterteilen, zu fertigen, deren Endsumme mit dem von der Kasse verausgabten Betrag übereinstimmen muß. Die Personalkarten bleiben wie bisher Rechnungsbelege.

(6) Abs. V Ziff. 1 des Erl. vom 1. 7. 1942, betr. Ersatz- u. Ergänzungskräfte (Befehlsbl. S. 187), wird hiermit aufgehoben. In Abs. 38 desselben Erlasses sind die Worte „in einer besonderen Spalte“ zu streichen.

(7) Die Kassenanschlagstellen haben einen Abdruck dieses Erlasses der für sie zuständigen Amtskasse wegen der Anlegung der Titelbücher umgehend zu übersenden.

An die Kassenanschlagstellen der Sich.Pol.

— Befehlsblatt S. 72.

Verschiedenes

Wohnungsfürsorge.

RdErl. des RSHA vom 5. 3. 1943

— II C 3 Nr. 1309/42 —

Im Anschluß an den RdErl. vom 5. 11. 1942 (Befehlsbl. S. 345) gebe ich nachstehende Wohnungstauschgesuche bekannt:

76. Gesucht wird 3-Zim.Wohng. mit Bad u. möglichst Zentralheizg. in Berlin, Miete bis 85 RM. Geboten wird 3-Zim.Wohng. mit Bad u. Ofenheizg. in Straßburg/Els., Miete 33 RM.

77. Gesucht wird 3-Zim.Wohng. mit Bad u. Zentralheizg. u. Balkon in Berlin (möglichst Westen oder Südwesten). Geboten wird 3-Zim.-Wohng. mit Diele, Bad, Heizg. u. Balkon in Düsseldorf, Miete einschl. Heizg. etwa 112 RM.

78. Gesucht wird 4—5-Zim.Wohng. mit Bad in Danzig oder Vororten. Geboten wird 3½-Zim.Wohng. mit Bad in Würzburg, Miete 55 RM.

79. Gesucht wird 3—4-Zim.Wohng. in Breslau oder Görlitz, Miete bis 110 RM. Geboten wird 3-Zim.Wohng. mit Kammer, Wintergarten, Bad, Balkon u. Gartenanteil in Bremen, Miete 100 RM zuzügl. Heizkostenanteil.

80. Gesucht wird 5—6-Zim.Wohng. in Wiesbaden, Frankfurt/M., Stuttgart oder München. Geboten große neuhergerichtete 5-Zim.Wohng. mit Zubehör in bester Wohnlage in Königsberg (Pr).

81. Gesucht wird 2—3-Zim.Wohng. in Berlin. Geboten 3-Zim.Wohng. in Wuppertal-Elberfeld, Miete 45 RM.

82. Gesucht wird 3-Zim.Wohng. in Berlin. Geboten 3-Zim.Wohng. mit Bad, Mansarde in Plauen i. V., Miete 50 RM.

83. Gesucht wird 3½-Zim.Wohng. in Berlin. Geboten wird 2-Zim.Wohng. mit Bad, Etagenheizg. u. Zubehör in Marienburg/Wpr., Miete 47 RM.

84. Gesucht wird 3—4-Zim.Wohng., möglichst mit Bad, in Berlin. Geboten wird 2½-Zim.Wohng. mit Zubehör ohne Bad in Liegnitz, Mietpreis etwa 50 RM.

85. Gesucht wird Wohnung von etwa 4½ Zimmern in Potsdam. Geboten wird 4½-Zim.Wohng. mit Bad in Berlin (Nähe Universität), Miete 90 RM. Für diesen Tausch kommen nur Reichsbedienstete in Frage.

86. Gesucht wird 3-Zim.Wohng. in Berlin. Geboten wird 5-Zim.Wohng. mit Bad u. Zubehör in Trier, Miete 75 RM.

87. Gesucht wird 2½—3-Zim.Wohng. mit Bad u. möglichst Zentralheizg. u. Warmwasser in Berlin, Miete etwa 80 RM. Geboten wird 3-Zim.Wohng. mit Bad, Warmwasser, Zentralheizg. in Dresden-Gruna, Miete 69,70 RM.
88. Gesucht werden 3—4-Zim.Wohnungen in Weimar. Geboten werden 1. Tauschwohnung in Suhl, Einfamilienwohnung mit 4 Zim. u. Zubehör sowie Garten, Miete 37 RM, 2. 3-Zim.Wohng. mit Bad in Erfurt, Miete 48,80 RM, 3. 3-Zim.Wohng. mit Nebengelaß in Erfurt, Miete 40 RM.
89. Gesucht wird 4—5-Zim.Wohng. mit Bad, Zentralheizg. u. möglichst Garage in Berlin oder näherer Umgebung. Geboten 4-Zim.Wohng. mit Speisekammer, Mädchenkammer, 3 Balkonen sowie Garage in Karlsbad, Miete 105 RM.
90. Gesucht werden in Saarbrücken eine Anzahl 2—4-Zim.Wohnungen, Tauschwohnungen

stehen zur Verf. in Stettin, Neustadt/W., Düsseldorf - Ratingen, Hamburg, Augsburg, Speyer, Königsberg, Frankfurt/Main, Koblenz, Köln, Friedrichshafen u. Hopfenthal b. Oppeln.

91. Gesucht werden mehrere 2—4-Zim.Wohnungen in Neustadt a. d. Weinstr. Tauschwohnungen stehen zur Verf. in Augsburg, Nürnberg, Speyer, Ludwigshafen.
92. Gesucht werden mehrere 2—4-Zim.Wohnungen in Ludwigshafen. Tauschwohnungen stehen zur Verfügung in Saarbrücken u. Wiesbaden.
93. Gesucht wird 2½—3-Zim.Wohng. in Berlin, Miete bis 120 RM. Geboten wird sonnige 3-Zim.Wohng. mit Mansarde in Frankfurt/Main, Miete 65 RM.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 73.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt

Sturm- u. Krim.Rat Dr. Zirpins (I B 3) hat von der Deutschen Karls-Universität in Prag für das Wintersemester 1942/1943 und das Sommersemester 1943 einen Lehrauftrag über „Verbrechensbegehung und Verbrechensbekämpfung“ erhalten.

Inspekture, Befehlshaber und Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Eingesetzt als Kdr. dSPudSD. in Veldes u. zgl. als Führer des SD-Abschn. Klagenfurth: Sturmbannführer Persterer (bisher SD-Hast. Salzburg);

als Kdr. dSPudSD. in Marburg/Drau: Sturmbannführer Reg.- u. Krim.Rat Vogt (bisher Kdr. in Veldes);

Standartenführer Lurker ist zgl. von den Dienstgeschäften als Kdr. in Marburg/Drau entbunden worden.

Abgeordnet: Sturmbannführer Denk (Darmstadt) zum Befh. Riga.

Die Abordnung des Hauptsturmführers Reg.-Rat Jagusch zum Befh. Riga ist aufgehoben worden.

Versetzt aus haushaltsrechtl. Gründen von der Stapost. Weimar zum RSHA.: Sturmbannführer Reg.-Rat Flesch, unter Beibehaltung seiner Verwendung als Kdr. in Drontheim.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Ob.Reg. u. krim.Rat: Sturmbannführer Reg.- u. Krim.Rat Bock (z. Zt. Stapoleitst. Berlin);

zum Krim.Inspector: Krim.Ob.Sekr. Schuster (Posen).

Abgeordnet mit dem Ziele der Versetzung: Sturmbannführer Reg.-Rat Andres (z. Zt. beim Befh. Oslo) n. Münster als Vertr. des Leiters, Sturmbannführer Reg.-Rat Wolff (Frankfurt/Oder) n. Weimar als Leiter.

Kriminalpolizei(leit)stellen u. Krim.Abteilungen.

Versetzt: Sturmbannführer Krim.Dir. Lisabeths (München) n. Prag als Lehrer an der Reichsschule dSPudSD;

Hauptsturmführer Krim.Rat Müssig (Wuppertal) n. Danzig;

Obersturmführer Krim.Kom. Kohl (Stettin) n. Potsdam.

Die Abordnung des Hauptsturmführers Krim.Rat Ziese (Frankfurt/M.) n. Fürstenberg ist aufgehoben.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zu Krim.Sekretären: die Krim.Ob.Assistenten Edmund Hertlein u. Franz Schauer (Stapost. Nürnberg);

zu Krim.Assistenten: die apl. Krim.Assistenten Karl Lippl (Stapoleitst. Karlsruhe) u. Hans Muntz-hart (Stapost. Bromberg);

zum apl. Krim.Assistenten: Krim.Ass.Anw. Georg Krieger (Stapost. Tilsit).

— Befehlsblatt 1943 S. 74.

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 13

Berlin, den 20. März 1943

4. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 1. 3. 1943 Devisenbewirtschaftung. Zahlungsregelung für die Sicherheitspolizei und den SD — Bereitstellung von Devisen zur Bestreitung persönlicher Ausgaben (Transferregelung) —. S. 75. — RdErl. 9. 3. 1943 //Fähigkeit der Bewerber für den einfachen Ver-

waltungsdienst. S. 77. — RdErl. 12. 3. 1943 Beihilfen für die fremdsprachliche Fortbildung. S. 7.

Verschiedenes. RdErl. 15. 3. 1943 Zusammenarbeit zwischen dem RF//uChdDtPol. u. der Deutschen Lebensrettungsgemeinschaft e. V., Berlin. S. 78. — Verlust eines Dienstausweises. S. 79.

Personalmitteilungen. S. 79.

Sicherheitspolizei und SD

Devisenbewirtschaftung.

Zahlungsregelung für die Sicherheitspolizei und den SD — Bereitstellung von Devisen zur Bestreitung persönlicher Ausgaben (Transferregelung) —.

RMdI. v. 1. 3. 1943

B. Nr. 5447/43-290 b-1 —

Änderungen der dem RdErl. v. 1. 3. 1942 (S. 1401 ff. und Befehlsbl. d. ChdSPoludSD. 13/1942) zugrunde liegenden Bestimmungen sowie notwendig gewordene Klarstellungen machen die nachstehende Neufassung der Transferregelung für die Sicherheitspolizei und den SD erforderlich.

(2) Die Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD können in den Einsatzgebieten über Teile ihrer Heimatbezüge in Devisen (Landeswährung oder Reichskreditkassenscheine) verfügen. Die Höhe des zur Auszahlung freigegebenen Teils der Heimatbezüge ergibt sich aus der als Anlage abgedruckten Übersicht (Anlage).

(3) Die Auszahlung hat aus den Betriebsmitteln der Einsatzdienststellen zu erfolgen. Sie setzt einen schriftlichen Antrag des Empfängers bei seiner Einsatzdienststelle voraus. Eine Nachzahlung für Zeiträume, die bei der Antragstellung bereits verstrichen sind, ist unzulässig.

(4) In den Gebieten, in denen die Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD eine Feldpostnummer-Anschrift haben, kann, soweit es im Interesse der Verwaltungsvereinfachung liegt und Be-

schränkungen in der Höhe des Transferbetrages hierdurch nicht eintreten, von dem Dienststellenleiter für die Angehörigen seiner Dienststelle die ausschließliche Inanspruchnahme der Feldpostüberweisung oder der Auszahlung aus den Betriebsmitteln der Einsatzdienststellen angeordnet werden.

Die Benutzung des einen Weges schließt die Benutzung des anderen Weges aus.

(5) Monatliche Feldpostüberweisungen sind nach den zur Zeit geltenden Bestimmungen in folgendem Umfange zulässig:

- nach den besetzten französischen und belgischen Gebieten in Wehrsoldhöhe, höchstens jedoch 100,— RM,
- nach den besetzten dänischen Gebieten in Höhe eines Drittels des Monats-Wehresoldes,
- nach dem Generalgouvernement in Höhe eines halben Monats-Wehresoldes, höchstens 100,— RM.

(6) Jede andere Art der Zurverfügungstellung von Devisen zur Bestreitung persönlicher Ausgaben sowie die Versendung von barem Geld und Münzen wird untersagt. Zuwiderhandeln ist mit strafbarem Disziplinarverfahren zu belegen.

(7) Das Protektorat Böhmen und Mähren, die eingegliederten Ostgebiete (einschl. des Bezirks Bialystok), das Elsaß, Lothringen, Luxemburg, die Untersteiermark, Südkärnten und Oberkrain sowie die besetzten niederländischen Gebiete gelten nicht als Ausland im Sinne der Devisenbestimmungen. Nach die-

sen Gebieten sind daher Überweisungen in jeder Höhe ohne Genehmigung zulässig.

(8) Die Einsatzdienststellen haben die Einhaltung der Vorschriften für die Auszahlung oder Überweisung von Teilen der Heimatbezüge streng zu überwachen. Bestimmungswidrig überwiesene oder übersandte Beträge dürfen nicht ausgezahlt werden, sondern sind zurückzusenden. Verstöße gegen die Anordnung dieses RdErl. sind mir zu obenstehendem Aktenzeichen zu melden.

(9) Zur Behebung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß

- a) das pauschale Bewegungsgeld sowie die Dienstaufwandsentschädigung als pauschalierte Erstattung von Auslagen, die im Einsatzgebiet erwachsen, von den Einsatzdienststellen neben dem Transferhöchstbetrag ab 1. 4. 1943 an alle in Betracht kommenden Empfänger ohne besonderen Antrag in Devisen ausbezahlt werden. Die Heimatdienststellen der zum Einsatz kommandierten Angehörigen des Vollzugsdienstes der Sicherheitspolizei und des SD haben den Einsatzdienststellen unverzüglich mitzuteilen, mit welchem Zeitpunkt die Zahlung des pauschalen Bewegungsgeldes bei den Heimatdienststellen eingestellt worden ist. Bei künftigen Abordnungen zum auswärtigen Einsatz ist diese Mitteilung mit der Bescheinigung über den gezahlten Reisekostenvorschuß zu verbinden.
- b) Über alle sonstigen Zulagen sowie die lediglich zur Wahrung des Besitzstandes an frühere Staatspolizei(lei)stellenleiter und (Lei)-Stellenleiter-Vertreter weiter gezahlte Dienstaufwandsentschädigung darf der im Einsatz befindliche Angehörige nur im Rahmen der Transferhöchstsätze verfügen.

(10) Soweit die Zurverfügungstellung der Transferhöchstbeträge durch Auszahlung bei den Einsatzdienststellen erfolgt, haben diese die Heimatdienststellen von der Auszahlung unverzüglich zu benachrichtigen und aufzufordern, den Betrag von den laufenden Dienstbezügen einzubehalten. Hinsichtlich der Erstattung gilt folgendes:

A. Sicherheitspolizei

(Geh. Staatspol. und Staatl. Kriminalpolizei).

Eine Erstattung durch die Dienststellen der Sicherheitspol. im Reiche ist nicht mehr erforderlich. Die Heimatdienststelle hat den einbehaltenen Betrag vom Monats-Soll in Rot abzusetzen. Dies gilt sowohl für die Kassenanschlagstellen der Sicherheitspol. (Kap. 14 a) als auch für die Kassenanschlagstellen der Ordnungspol. einschl. Kriminalpol. (Kap. 14). Bei der Berechnung der Abzüge (Steuern usw.) ist jedoch vom ursprünglichen Betrag auszugehen.

B. Sicherheitsdienst des RF-//

(SD).

SD-Dienststellen im Reiche haben die von den Einsatzdienststellen gezahlten Beträge nach wie vor dem Chef der Sicherheitspol. und des SD zu erstatten. Soweit es sich um Angehörige der Einsatzgruppen und der besetzten Ostgebiete handelt, bucht die Kasse den erstatteten Betrag als Abwicklung der Betriebsmittelvorschüsse dieser Dienststellen. Erstattungen für Angehörige der Dienststellen im Generalgouvernement, in Norwegen, in den Niederlanden, in Serbien sowie für Angehörige der Befehlshaber und

Kommandeure der Sicherheitspol. und des SD in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine werden von ihr monatlich durch Buchausgleich an die dafür zuständige Kasse weitergeleitet. Zuständig ist

- a) für die Angehörigen des Befehlshabers der Sicherheitspol. und des SD sowie der Kommandeure der Sicherheitspol. und des SD im Generalgouvernement: die Pol.-Kasse beim Befehlshaber der Ordnungspol. in Krakau;
- b) für die Angehörigen der Sicherheitspol. und des SD in Norwegen: die Kasse des Befehlshabers der Ordnungspol. in Oslo;
- c) für die Angehörigen der Sicherheitspol. und des SD in den Niederlanden: die Kasse des Befehlshabers der Ordnungspol. in Den Haag;
- d) für die Angehörigen der Sicherheitspol. und des SD in Serbien: die Kasse des Befehlshabers der Ordnungspol. in Belgrad (ab 1. 4. 1943);
- e) für die Angehörigen der Sicherheitspol. und des SD im Reichskommissariat Ostland: die Pol.Kasse beim Befehlshaber der Ordnungspol. in Riga;
- f) für die Angehörigen der Sicherheitspol. und des SD in der Ukraine: die Pol.Kasse beim Befehlshaber der Ordnungspol. in Rowno.

(11) Die Heimatdienststellen haben die Einbehaltung den Einsatzdienststellen zu bestätigen. Die SD-Dienststellen, die nach Abs. 10 Abschn. B die von den Einsatzdienststellen gezahlten Beträge zu erstatten haben, haben einen Durchschlag dieses Bestätigungsschreibens der Kasse des Chefs der Sicherheitspol. und des SD zu übersenden. Ferner haben sie auf dem Überweisungsabschnitt Name und Dienststelle des Gehaltsempfängers anzugeben.

(12) Die Einsatzdienststellen haben die Vorausleistungen auf die Dienstbezüge wie folgt zu verrechnen:

- a) für die Angehörigen der Sicherheitspol. endgültig;
 - b) für die Angehörigen der SD bei der Abrechnung.
- Bei den Angehörigen der SD hat die Heimatdienststelle Bestätigung über die Abrechnung der Rechnungsakten zu erteilen. Die Vorausschüsse der SD-Angehörigen werden nicht verrechnet.

(13) Dieser RdErl. ist auch auf die Einsatzdienststellen der Sicherheitspol. und des SD anzuwenden. Soweit deren Bezüge von einer Kassenanschlagstelle der Sicherheitspol. oder Ordnungspol. (Kap. V 14 a und 14) übernommen worden sind, sind die Anordnungen für die Sicherheitspol. maßgebend, im anderen Falle — wenn die Gemeinden die Dienstbezüge weiterzahlen — gelten die Anordnungen für die SD-Angehörigen sinngemäß.

(14) Die Angehörigen der Einsatzdienststellen sind vierwöchentlich auf die strikte Einhaltung vorstehender Bestimmungen hinzuweisen.

(15) Der RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 20. 1. 1942 — II C 2/Dev.St. 4040/42-290 b-1 (nicht veröffentl.) sowie Abschn. IX Abs. 3 meines RdErl. vom 14. 5. 1940 — I E 1 Nr. 579/40-239-1 a (nicht veröffentl.) über den Wirtschaftsverwaltungsdienst beim auswärtigen Einsatz der Geh. Staatspol. sind aufgehoben.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 75.

Anlage

Übersicht

über die für die Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD, die in den Gebieten außerhalb der Reichsgrenze tätig sind, monatlich zulässigen Transfer-Höchstsätze

Beamten- Besoldungsgruppe	Angestellten- Vergütungsgruppe, Lohnempfänger	Nor- wegen		Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Slowakei, Grie- chenland, Kroatien, sonstige Gebiete des ehem. Jugo- slawien, Finnland, besetzte Gebiete der UdSSR.		General- gouver- nement		Frank- reich		Belgien		Däne- mark	
		Ver- heiratete	Ledige	Ver- heiratete	Ledige	Ver- heiratete	Ledige	Ver- heiratete	Ledige	Ver- heiratete	Ledige	Ver- heiratete	Ledige
		R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.
B 3	—	—	105	—	187	50	155	100	178	100	190	96	174
B 4 bis B 6	—	—	105	—	165	50	155	100	178	100	190	84	162
B 7 a bis B 10	—	—	105	—	165	50	155	100	178	100	190	72	150
A 1 a	Außer OT. Besoldete	—	105	—	165	50	155	100	178	100	190	60	138
A 1 b bis A 2 b	I	—	105	—	135	50	155	100	178	100	190	48	126
A 2 c bis A 2 d	II und III	—	105	—	135	50	155	100	178	100	190	43	121
A 3 a bis A 4 b 2	IV	—	105	—	112	50	155	100	178	100	190	38	116
A 4 c 1, A 4 c 2, A 4 c 3	V	—	105	—	112	50	155	97	175	100	190	32	110
A 4 d, A 4 f	VI	—	105	—	90	50	155	86	164	90	180	29	107
A 5 a, b, A 6, A 7 a, b, c	VI und VII	—	105	—	90	50	155	86	164	90	180	29	107
A 8 a, A 8 b	VIII	—	105	—	75	45	150	72	150	75	165	24	102
A 9, A 10 a, A 10 b	IX (gelernte Arbeiter)	—	105	—	75	41	148	65	143	67	157	22	100
A 11	X (angelernte und ungelernte Arbeiter)	—	105	—	75	82	187	50	128	52	142	17	95

Darüber hinaus ist

bis auf weiteres allgemein ein monatlicher Transfer zugelassen für
Angehörige der Reisekostenstufen I und II in Höhe von 100,— RM
" " Reisekostenstufe III " " " 75,— "
" " Reisekostenstufen IV und V " " " 50,— "

Für die besetzten Ostgebiete und das Generalgouvernement haben im besonderen die nachstehenden Anordnungen des RMdF. sinngemäß Gültigkeit.

a) Besetzte Ostgebiete:

Den verheirateten Bediensteten der Zivilverwaltung, die mit Zustimmung des Reichskommissars in die besetzten Ostgebiete entsandt werden, dürfen die Heimatbezüge höchstens den Höchstbetrag von 250,— RM betragen. Das besetzte Gebiet zur Verfügung ge-

Generalgouvernement:

Die monatlichen Höchstbeträge für die Überweisung von Heimatbezügen in das Generalgouvernement werden auf 250,— RM erhöht, wenn

a) ein verheirateter Bediensteter mit Zustimmung

- der vorgesetzten Dienststelle seine Familie in das Generalgouvernement nachkommen läßt,
b) ein Bediensteter seinen Erholungsurlaub im Generalgouvernement verbringt oder
c) größere Rechnungen für Krankheitsfälle oder Zahnbehandlung zu begleichen sind.

Für den Erholungsurlaub im Generalgouvernement kann die Erhöhung des Transfers nur für die Zeit nach Wegfall der Beschäftigungsvergütung und innerhalb des Höchstbetrages nur bis zur Höhe der Beschäftigungsvergütung zugelassen werden. Die Erhöhung zur Begleichung größerer Rechnungen für Krankheitsfälle oder Zahnbehandlungen wird auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben, da regelmäßig durch Bewilligung von Beihilfen ausreichend geholfen wird. Eine Erhöhung kann nur für den nach Abzug von Beihilfen usw. verbleibenden Rechnungsbetrag in Frage kommen.

//Fähigkeit der Bewerber für den einfachen Verwaltungsdienst.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 9. 3. 1943

— I A 2 b Nr. 17 194/43 —

(1) Die Nachwuchsbewerbung für den einfachen Verwaltungsdienst (Betriebsassistenten, Botenmeister, Amtsgehilfen und Hausmeister) scheitert in vielen Fällen daran, daß an sich geeignete Bewerber nicht //fähig sind.

(2) Mit Rücksicht darauf, daß die Beamten des einfachen Verwaltungsdienstes lediglich zu Arbeiten von untergeordneter Bedeutung herangezogen werden, ist künftig von dem Nachweis der //Fähigkeit der Bewerber für diese Laufbahn abzusehen.

(3) Die Beamtendiensttauglichkeit muß jedoch auch weiterhin durch ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis nachgewiesen werden.

(4) Der RdErl. vom 18. 10. 1942 Nr. 6044/37 — wird hiermit insoweit aufgehoben, inwieweit er S. V 3 Nr. 6044/37 — enthält.
An die Sich.Pol. S. 77.

Beihilfen für die fremdsprachli.

RdErl. des RF//uChdDtPol. I. RM

— S II C 2^a Nr. 2084/42 —
O.Kdo. I. WE (5) 1 Nr. 171-2/1943 —

Zur Förderung der fremdsprachlichen Fortbildung der Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD sowie

der Ordnungspol. können Beihilfen nach folgenden Grundsätzen gewährt werden:

1. Die Beihilfen gelten nicht als persönliche Zulagen.
2. Im Laufe eines Rechnungsjahres werden Beihilfen in der Regel nur für die Fortbildung in einer Fremdsprache gewährt.
3. Die Höhe der für fremdsprachlichen Unterricht aufgewendeten Auslagen ist nachzuweisen. Aus dem Nachweis muß hervorgehen, in welcher Fremdsprache die Fortbildung erfolgt ist und ob die Aufwendungen für Einzelunterricht oder durch Teilnahme an Kursen entstanden sind. Nachweis ist durch Belege zu führen, deren Richtigkeit von dem Anfordernden pflichtgemäß zu versichern ist.
4. Von den nachgewiesenen Auslagen werden bis zu 80 v. H. erstattet.

5. Aufwendungen für Unterrichtsmittel können bis zur Hälfte der Anschaffungskosten erstattet werden. Nicht erstattungsfähig sind Beiträge für deutsch-ausländische Vereinigungen und Aufwendungen für den Besuch fremdsprachlicher Theater, Lichtspielvorführungen und dergleichen.

6. Anträge auf Bewilligung einer Beihilfe sind vor Aufnahme des Unterrichts unter Angabe der voraussichtlich entstehenden Kosten für die Angehörigen der Sich.Pol. (Kap. 14a) und des SD beim RSHA. (Ref. II C 2 u. II C 7), für die Angehörigen der Ordnungspol. (Kap. 14) beim Hauptamt Ordnungspolizei zu beantragen. Die vorgesetzte Dienststelle hat zu den Anträgen Stellung zu nehmen.

7. Dieser Erlass wird auch im MBIV. veröffentlicht.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 77

Verschiedenes

Zusammenarbeit zwischen dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei u. der Deutschen Lebensrettungsgemeinschaft e. V., Berlin.

RdErl. des RSHA. vom 15. 3. 1943

— I C Nr. 179/43 —

Der als Anlage abgedruckte Vertrag vom 15. 1. 1942 wird hiermit bekanntgegeben.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 78

Anlage.

Vertrag über die Zusammenarbeit zwischen dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei mit der Deutschen Lebens-Rettungsgemeinschaft e. V., Berlin.

Zur Förderung der Rettungsschwimmerausbildung in der Allgemeinen und Waffen-SS, Sicherheitspolizei und SD und Ordnungspolizei wird zwischen dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gemeinschaft e. V., Berlin — nachstehend DLRG. genannt —, die das alleinige Recht zur Verbreitung sachgemäßer Kenntnis und Fertigkeit im Retten Ertrinkender und deren Wiederbelebung besitzt, eine lose Arbeitsgemeinschaft eingerichtet.

Grundsätze:

1. Die SS und Deutsche Polizei bilden einen eigenen Landesverband in der DLRG. mit den Namen „Landesverband SS und Polizei der DLRG.“ und dem Sitz in Berlin W35, Bülowstr. 18/III. Vertreter bei der DLRG.-Führung ist der jeweilige Inspekteur für Leibesübungen beim Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei oder sein Beauftragter.
2. Der „Landesverband SS und Polizei der DLRG.“ hat zunächst keine Unterverbände, es bleibt jedoch vorbehalten, diese später zu bilden.
3. Schriftverkehr. Der gesamte Schriftverkehr zwischen den einzelnen Dienststellen der SS und Polizei ist unmittelbar an den Inspekteur für Leibesübungen beim Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei und von dort an den unter 1. genannten Landesverband.
4. Anforderung der Prüfungskarten und Prüfungsgebühren. Die vom In-

spekteur für Leibesübungen beim Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei beim „Landesverband SS und Polizei der DLRG.“ unentgeltlich anzufordernden Prüfungskarten für den Grund-, Leistungs- und Lehrschein werden nach bestandener Prüfung mit einem Begleitschreiben zur Verleihung der DLRG.-Urkunden dem „Landesverband SS und Polizei der DLRG.“ vorgelegt. Nach Ausspruch der Verleihung gehen die DLRG.-Urkunden hierauf dem Inspekteur für Leibesübungen beim Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei zu.

Die Prüfungsgebühren zur Erlangung der DLRG.-Urkunden betragen für den

Grundschein	1,25 RM,
Leistungsschein	2,25 RM,
Lehrschein	3,50 RM.

Der Beliehene erhält neben dem Grund- und Leistungsschein je ein dazu gehörendes Metallabzeichen (Anstecknadel) und je ein Metallabzeichen für die Badebekleidung. Zusätzlich erhält er nur das Metallabzeichen (Anstecknadel).

5. Forderungsnachweis. Der Landesverband SS und Polizei der DLRG. läßt die Forderungsnachweise vom Inspekteur für Leibesübungen beim Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei auf ihre sachliche Richtigkeit hin beglaubigen, der sie vierteljährlich den vier Formationen

Allgemeine SS
Waffen-SS
Sicherheitspolizei und SD
Ordnungspolizei

zur Einziehung und Überweisung der Beträge zu-
leitet. Über alle nach Inkrafttreten des Vertrages
erteilten DLRG.-Urkunden führt die Dienststelle
des Inspektors für Leibesübungen eine Kontroll-
Liste nach folgendem Muster:

Bezeichnung der DLRG.- Urkunde u. Datum d. Ausfertigung	Dienst- grad	Name	Vorname
---	-----------------	------	---------

6. Durchführung der Prüfungen. Maßgebend für die Prüfungsabnahme ist die DLRG-Satzung, insbesondere ihre Prüfungs- und Ausführungsbestimmungen.

Soweit den **SS**- und Polizei-Dienststellen Lehrscheininhaber noch nicht zur Verfügung stehen, stellen die DLRG-Gliederungen unentgeltlich Lehrscheininhaber zur Abnahme der Prüfungen. Die **SS**- und Polizei-Dienststellen werden besonders für diesen Fall auf engste Zusammenarbeit mit den Ortsgruppen, Bezirken und Landesverbänden der DLRG. hingewiesen.

7. Mitgliedschaft und Mitarbeit in der DLRG. Die Satzungsbestimmungen der DLRG. zu Abschn. B I, Abs. 8, wonach für die Erwerbung des Leistungs- und Lehrscheines die Mitgliedschaft in der DLRG. Voraussetzung ist und Lehrscheininhaber gemäß Abschn. B I, Abs. 11 der DLRG-Satzung bei der Prüfungsabnahme Mit-

glied der Gemeinschaft sein müssen, tritt außer Kraft.

8. Ausbildung im Rettungsschwimmen ist Dienst, Prüfungen sind, soweit angängig, in den Dienststunden abzulegen.

9. Der Vertrag tritt mit dem heutigen Tage in Kraft. Berlin, den 15. 1. 1942.

gez. H. Himmler.

Verlust eines Dienstausweises.

Der am 28. 1. 1941 mit dem Dienstgrad **SS**-Sturm-bannführer erstellte rote Dienstausweis Nr. 436/41 des Alfred Naujocks, **SS**-Nr. 26 240, ist verlorengegangen. Bei Auffinden wird um Rückgabe an das Ref. I A 5 des RSHA. gebeten.

(I A 5 d Az.: 1405)

— Befehlsblatt 1943 S. 79.

Personalmitteilungen

Befehlshaber u. Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Abgeordnet: **SS**-Obersturmbannführer Ob.Reg.Rat Dr. Bilfinger (RSHA.) zum Befh. Paris als Kdr. in Toulouse;

SS-Sturm-bannführer Reg.Rat Gottstein (RSHA.) zum Befh. Metz als Vertr. des Befh.

Die Abordnung des **SS**-Obersturmführers Jonas (RSHA.) zum Befh. Belgrad ist aufgehoben worden.

SD.

Versetzt: **SS**-Sturm-bannführer Oskar Podlich zum SD-LA. Kattowitz als Führer d. LA.;

die **SS**-Obersturmführer Fritz Jähnichen zum Insp. Nürnberg u. Wilhelm Rüß zum SD-LA. Prag;

die **SS**-Untersturmführer Karl Theodor Frackmann zum Kdr. Krakau u. Paul Schlachter zum Insp. Nürnberg.

Kommandiert: **SS**-Hauptsturmführer Richard zum Befh. Straßburg (unter Aufhebung seiner Vsetzung zum Insp. Braunschweig);

SS-Obersturmführer Heinz Will zum Insp. Braunschweig;

SS-Untersturmführer Rudolf Jacob zum SD-A. Koblenz.

Ernannt: **SS**-Standartenführer Walter Potzelt zum **SS**-Führer im RSHA.;

SS-Untersturmführer Rudolf Bergelt zum ASt-Leiter beim SD-LA. Dresden.

— Befehlsblatt 1943 S. 79.

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 14

Berlin, den 27. März 1943

4. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Hans-Georg Kaulard, SS - Untersturmführer, SD-Abschnitt Koblenz, im Dezember 1942

Emil Puchtler, SS - Hauptscharführer, SD - Abschnitt Bayreuth, im Februar 1943

Dr. Wolfgang Müller, SS - Oberscharführer, SD - Außenstelle Karlsruhe, im Januar 1943

Franz Hinterreiter, SS - Sturmmann, SD - Außenstelle Krummau, im Februar 1943

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Willi Trautmann, Dolmetscher, Hilfspolizeibeamter beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Kiew, im Oktober 1942

Franz Fritsch, Kriminalsekretär, Kriminalpolizeileitstelle München, im Februar 1943

Wilhelm Albrecht, Hilfspolizeibeamter beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Kiew, im Dezember 1942

Franz Tausch, Kriminalangestellter, Staatspolizeileitstelle Prag, im März 1943

Heinrich Pries, Staffelrottenführer, Kriminalangestellter, Staatspolizeileitstelle Königsberg, im März 1943

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Dr. Kaltenbrunner

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 26. 2. 43 Anerkennung übertragbarer Krankheiten und Frostschäden als Dienstunfall. S. 82. — RdErl. 10. 3. 43 Zulassungs- u. Platzkarten. S. 82. — RdErl. 11. 3. 43 Gehalts- (Vergütungs-) Zuschuß. S. 83. — RdErl. 11. 3. 43 Verbot ausl. Druckschriften. S. 83. — RdErl. 11. 3. 43 Verwendung von SP-Nummern an Kraftfahrzeugen der Sich.Pol. S. 83. — RdErl. 12. 3. 43 Diätendienstalter (DDA.) der apl. Kriminalassistenten; hier: Anrechnung der Dienstzeit als Kriminalangestellter. S. 83. — RdErl. 12. 3. 43 Besoldungs- u. Diätendienstalter. S. 84. — RdErl. 12. 3. 43 Verbot ausl. Druckschriften. S. 85. — RdErl. 15. 3. 43 Verbot ausl. Druckschriften. S. 85. — RdErl. 16. 3. 43 Uniform; hier: Spiegel u. Umrandungsschnüre auf dem Mantelkragen. S. 85. — RdErl. 17. 3. 43 Erholungsurlaub für das Urlaubsjahr 43. S. 85. — RdErl. 17. 3. 43 Lenkung des Reiseverkehrs. S. 85. — RdErl. 18. 3. 43 Aus-

nahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse. S. 86. — RdErl. 22. 3. 43 Überführung der Freimaurerkartei vom Amt IV zum Amt VII des RSHA. S. 86.

Geheime Staatspolizei. RdErl. 19. 3. 43 Verfehlungen von Angeh. der Geh. Staatspolizei. S. 86.

Reichskriminalpolizei. RdErl. 11. 3. 43 Sondermeldung über Festnahme von Ausländern. S. 86. — RdErl. 19. 3. 43 Polizeihft. S. 86. — RdErl. 19. 3. 43 Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- u. Fernsprechgeheimnis. S. 87.

Verschiedenes. RdErl. 15. 3. 43 Privatkinderheim Guldendorf über Frankfurt/O. S. 87. — Verlust eines Dienstaussweises. S. 87. — Verlust eines Dienstaussweises. S. 87.

Personalmitteilungen. S. 87.

Sicherheitspolizei und SD

Anerkennung übertragbarer Krankheiten und Frostschäden als Dienstunfall.

RdErl. des RSHA. vom 26. 2. 1943

— I San. Nr. 397/43 —

Nachstehend werden

1. ein gemeinsamer RdErl. des RFM. und des RMdI. vom 2. 11. 1942, betr. übertragbare Krankheiten und ihre Anerkennung als Dienstunfall,
2. ein RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdI. vom 1. 2. 1943, betr. Frostschäden,

zur Kenntnis gebracht.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 82.

Anlage 1:

Gemeinsamer Erl. des Reichsmin. der Finanzen und des Reichsmin. des Innern, betr. Unfallfürsorge für Beamte in Gebieten außerhalb des Großdeutschen Reichs im Fall ihrer Erkrankung an übertragbaren Krankheiten vom 2. 11. 1942.

— A 4221-12 646 IV 2. Ang. und II c 431/42-6710 —
(RBes.Bl. 1942 S. 208)

Auf Grund des Abschn. I DV. Nr. 5 zu § 107 DBG. Abs. 2 der 7. VO. zur Durchf. des Dt. Beamtengesetzes vom 13. 10. 1942 (RGBl. I S. 624) bestimmen wir:

Ein Dienstunfall liegt auch dann vor, wenn ein Beamter, der in den in Nr. 1 bezeichneten Gebieten beschäftigt ist, an den in Nr. 2 bezeichneten übertragbaren Krankheiten erkrankt.

1. Gebiete, die gemäß DV. Nr. 5 zu § 107 DBG. Abs. 2 in Betracht kommen:

Generalgouvernement, besetzte russische Gebiete, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Serbien, Kroatien.

2. Übertragbare Krankheiten, die gemäß DV. Nr. 5 zu § 107 DBG. Abs. 2 in Betracht kommen:

Die gemeingefährlichen Krankheiten im Sinne des § 1 des Gesetzes betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, vom 30. 6. 1900 (RGBl. 1900 Nr. 2686 S. 306), ferner Körnerkrankheit (Trachoma), bakterielle Lebensmittelvergiftung (Botulismus, Enteritis infektiosa), Malaria, Paratyphus, Rückfallfieber (Febris recurrens), übertragbare Ruhr (Dysenteria), Trichinose, Typhus (Typhus abdominalis), Volhynisches Fieber.

Anlage 2:

Frostschäden bei der Polizei.

RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdI. vom 1. 2. 1943
— O-VuR Geb 4604 b/65 III —

Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse bei der Pol. wird im Einvernehmen mit dem RFM. folgendes bestimmt:

Körperschäden, die bei den Angehörigen der Pol. in den besetzten russischen Gebieten durch Frosteinwirkungen eintreten, sind den Körperschäden gleichzustellen, die durch übertragbare Krankheiten im Sinne des RdErl. des RFM. und des RMdI. vom 2. 11. 1942 (MBliV. S. 2157) hervorgerufen werden. Frostschäden, die Pol.-Beamte im besetzten russischen Gebiet erleiden, gelten somit als Dienstunfälle im Sinne des § 107 DBG.

An alle Pol.Behörden.

— MBliV. S. 206.

Zulassungs- und Platzkarten.

RdErl. des RSHA. vom 10. 3. 1943

— II C 2² Nr. 2135/43-297-1 —

Den als Anlage abgedruckten Erlaß des Reichsverkehrsministers vom 22. 2. 1943 gebe ich zur Beachtung bekannt.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 82.

Anlage:

Der Reichsverkehrsminister Berlin W 8, den 22. 2. 1943
15 Vpe 55 Voßstr. 35.

Von der Reichswirtschaftskammer ist darauf hingewiesen worden, daß die Fassung der in meinem Schr. vom 14. 8. 1942 — 15 Vpe 36 — vorgesehenen Dauerbescheinigung für die bevorzugte Lösung von Zulassungskarten und von Platzkarten zu allgemein gehalten sei und die Bescheinigung daher auch zu anderen Zwecken (Beschaffung von Hotelzimmern usw.) benutzt würde, was vielfach zu Schwierigkeiten geführt habe. Die Reichswirtschaftskammer hält eine mehr auf die Eisenbahnbelange abgestellte Bescheinigung für erwünscht. Ich möchte diesen Bedenken Rechnung tragen und bitte, für die Dauerbescheinigung folgenden Wortlaut zu wählen:

Bescheinigung
zur Erlangung von Zulassungs- und
Platzkarten.

Für die Ausgabe von Zulassungskarten und Platzkarten wird hiermit bestätigt, daß Herr/Frau
Fräulein im Auftrage
(Vor- und Zuname)

der häufig Reisen
(Behörde, Parteistelle, Firma)

zu kriegswichtigen Zwecken auszuführen hat.

Diese Bescheinigung gilt bis zum

....., den
(Dienstsiegel)

.....
(Unterschrift der Behörde, Parteistelle,
Kammer)

Dieser Ausweis darf nur zur Lösung von Zulassungs- und Platzkarten für Reisen aus kriegswichtigen Gründen im Auftrage der bezeichneten Behörde, Parteistelle oder Firma benutzt werden.

Gehalts- (Vergütungs-) Zuschuß.

RdErl. des RSHA. vom 11. 3. 1943

— II C 1 Nr. 5226/43-249-3 —

(1) Nach dem RdErl. vom 28. 7. 1941 (MBliV. S. 1408) Abschn. I Ziff. 7 (1) gilt der Gehalts- (Vergütungs-) Zuschuß als Entgelt im Sinne des § 160 des RVO.

(2) Bei Versetzungen von Krim.Angestellten von den Staatspolizei(lei)stellen zum RSHA. habe ich aus den übersandten Besoldungsunterlagen in einigen Fällen festgestellt, daß der Gehalts- (Vergütungs-) Zuschuß = 15 RM bei der Berechnung der Beiträge zur Sozialversicherung unberücksichtigt geblieben ist.

(3) Ich ersuche um Beachtung der genannten Bestimmung.

An die Sich.Pol. — Befehlsblatt S. 83.

Verbot ausländischer Druckschriften.

RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdI. vom 11. 3. 1943

— S IV C 3 Nr. 8734/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung des Buches

„Friede in Sicht“ von Werner Zimmermann,
Verlag Fankhauser, Zielbrücke-Thielle (Schweiz)
1941,

verboten.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 83.

Verwendung von SP-Nummern an Kraftfahrzeugen
der Sicherheitspolizei.

RdErl. des RSHA. vom 11. 3. 1943

— II D 3 a (7) Nr. 1437/42 —

(1) Ich habe wiederholt festgestellt, daß die an den Kraftfahrzeugen der Sich.Pol. anzubringenden SP-Nummernschilder entgegen den Anweisungen im RdErl. vom 16. 10. 1942 — II D 3 a (7) Nr. 1437/42 — (Befehlsbl. S. 308) entweder auf dem Armaturenbrett oder an anderer, leicht sichtbarer Stelle befestigt worden sind. Die Eigenart des Dienstbetriebes bei der Sich.Pol. bedingt jedoch, daß Kraftfahrzeuge nicht immer als Behördenfahrzeuge erkenntlich sein dürfen. Deshalb wurde angeordnet, daß die Nummernschilder an der linken inneren Seite der Fahrzeuge, unterhalb des Armaturenbrettes, zu befestigen sind. Wo die Bauart einzelner Kraftfahrzeuge eine solche Befestigung nicht zuläßt, müssen die Schilder an anderer Stelle angebracht werden, jedoch immer so, daß diese durch Unbefugte von außen nicht zu erkennen sind.

(2) Lediglich an Anhängern von Nutzkraftfahrzeugen sind die Nummern unter- oder oberhalb der Typenschilder zu befestigen.

An die Sich.Pol.

— Befehlsblatt S. 83.

Diätendienstalter (DDA.) der apl. Kriminalassistenten;
hier: Anrechnung der Dienstzeit als Kriminal-
angestellter.

RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdI. vom 12. 3. 1943

— S II C 1 Nr. 2124/43-246 —

(1) Nach § 17 Abs. 4 BesG. in Verbindung mit Nr. 87 BV. wird die Zeit einer vollen Beschäftigung gegen Entlohnung im privatrechtlichen Vertragsverhältnis auf das DDA. angerechnet, sofern der Beamte mit Aussicht auf dauernde Verwendung ständig und hauptsächlich mit den Dienstverrichtungen eines Beamten betraut gewesen ist und die Beschäftigung im unmittelbaren Anschluß daran bei der gleichen Dienstlaufbahn zur Übernahme in das Beamtenverhältnis geführt hat. Diese Voraussetzungen sind bei den Kriminalangestellten, die überwiegend im Vollzugsdienst Verwendung gefunden haben und ohne eine erheblichere Unterbrechung im Sinne der Nr. 87 Abs. 5 u. 6 BV. in die Laufbahn des mittleren Vollzugsdienstes der Sicherheitspolizei übergetreten sind, als erfüllt anzusehen.

(2) Von der Anrechnung auf das DDA. sind die Beschäftigungszeiten ausgeschlossen, die

a) nach Abschn. III Abs. 1 Satz 2 des RdErl. vom 1. 7. 1942 (MBliV. S. 1405) bereits auf den Vorbereitungsdienst angerechnet oder

b) vor dem vollendeten zwanzigsten Lebensjahre zurückgelegt sind (Nr. 88 BV.).

(3) Eine gleichzeitige Anrechnung der Kriminalangestelltendienstzeit auf die laufbahnmäßig vorgeschriebene außerplanmäßige Dienstzeit findet nicht statt. Ihre Dauer bemißt sich lediglich nach den Vorschriften in Abschn. III des RdErl. vom 1. 7. 1942 (MBliV. S. 1405).

(4) Von der auf das DDA. anzurechnenden Beschäftigungszeit ist die übliche Vorbereitungszeit von einem Jahre (Abschn. I C Abs. 1 des RdErl. vom 18. 2. 1938 [MBliV. S. 289]) in Abzug zu bringen, soweit sie nicht bereits tatsächlich abgeleistet ist. Da jedoch bis zum Ablauf des 31. 3. 1938 nach Nr. 1 c Abs. 1 des RdErl. vom 29. 6. 1937 (MBliV. S. 1085) für Kriminalassistentenanwärter aus freien Berufen ein Vorbereitungsdienst von zwei Jahren vorgeschrieben war, ist hierbei wie folgt zu verfahren:

Als Vorbereitungszeit sind unter Berücksichtigung des tatsächlich abgeleisteten Vorbereitungsdienstes als Kriminalassistentenanwärter insgesamt abzuziehen

- a) bei den Beamten, die am 1. 4. 1937 oder früher als Kriminalangestellte eingetreten sind, zwei Jahre,
- b) bei den Beamten, deren Dienst Eintritt als Kriminalangestellter in die Zeit vom 2. 4. 1937 bis 31. 3. 1938 fällt, ein so hoch zu bemessender Zeitraum, daß sich günstigstenfalls ein DDA. vom 1. 4. 1939 ergibt,
- c) bei den Beamten, die am 1. 4. 1938 oder später als Kriminalangestellte eingetreten sind, ein Jahr.

(5) Die Anrechnung der Kriminalangestelltenzeit auf das DDA. ist für die Beamten, die die vorgeschriebene Fachprüfung rechtzeitig oder ohne eigenes Verschulden verspätet abgelegt haben, von den Kassenanschlagstellen selbständig durchzuführen. Dabei ist das DDA. wie folgt zu ermitteln:

Es wird von dem Beginn der der Übernahme in das Beamtenverhältnis unmittelbar vorausgegangenen Beschäftigungszeit als Kriminalangestellter ausgegangen und hiervon die in Abs. (4) unter a) bis c) dieses Erlasses festgelegte Gesamtvorbereitungszeit abgezogen. Der auf diese Weise ermittelte Zeitpunkt ergibt das verbesserte DDA.

(6) Für die Beamten, die die Fachprüfung durch eigenes Verschulden verspätet abgelegt haben oder deren Vorbereitungszeit aus anderen Gründen verlängert worden ist, bleibt die Bestimmung des als Vorbereitungsdienst abzuziehenden Zeitraums und die Verbesserung des DDA. nach § 17 Abs. 4 BesG. mir vorbehalten. Entsprechende Berichte sind unter Beifügung der Personalakten vorzulegen.

(7) In allen Zweifelsfällen ist gleichfalls meine Entscheidung einzuholen.

(8) Werden apl. Kriminalassistenten, deren DDA. nach § 17 Abs. 4 BesG. verbessert ist, als Kriminalassistenten in der BesGr. A 8 c 2 erstmals planmäßig angestellt, so ist ihr BDA. nach § 5 Abs. 2 BesG. festzusetzen, wenn nicht die Festsetzung nach § 5 Abs. 1 BesG. günstiger wirkt.

An die Kassenanschlagstellen
der Sich.Pol. — Befehlsblatt S. 83.

Besoldungs- und Diätendienstalter.

RdErl. des RF/UCHdDfPol. i. RMdL. vom 12. 3. 1943
— S II C 1 Nr. 2125/43-246 —

I. Kein BDA. für Beamte mit festen Gehältern.

(1) Das BDA. dient nur zur Ermittlung der Dienstaltersstufe in den Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern. Für Besoldungsgruppen mit nur einer Gehaltsstufe (z. B. BesGr. B 7 a —

Generalmajore der Pol.) erübrigt sich daher die Festsetzung eines BDA.

(2) Als besondere Besoldungsgruppen mit festen Gehältern gelten innerhalb der Besoldungsordnung A auch die Untergruppen A 1 a (12 600 RM — Obersten der Pol.) und A 2 b (9700 RM — Oberstleutnante der Pol.).

II. BDA. der Polizeivollzugsbeamten.

(1) Für das BDA. der Polizeivollzugsbeamten gelten die allgemeinen Bestimmungen (§§ 5 bis 8 RBesG. und Nr. 7 bis 47 BV.), soweit nicht hiervon abweichende Sondervorschriften erlassen sind.

(2) Abweichende Vorschriften für das BDA. der Polizeivollzugsbeamten sind enthalten:

- a) in Nr. 5 der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die 29. Änderung des Besoldungsgesetzes (RdErl. vom 24. 3. 1937 — MBliV. S. 498),
- b) in Abschn. B und C des RdErl. vom 20. 3. 1941 (MBliV. S. 487).

(3) Insbesondere ist bei der Festsetzung des BDA. eines Kriminalsekretärs oder Kriminalobersekretärs nach dem 1. April 1941 zu beachten, ob der Beamte als Kriminaloberassistent der BesGr. A 7 c oder der BesGr. A 8 a angehört hat.

Das BDA. wird gekürzt:

- a) bei Beamten, die die BesGr. A 7 c durchlaufen haben, in der BesGr. A 7 a um höchstens 8 Jahre, in der BesGr. A 5 b um höchstens 6 Jahre (Nr. 5 Abs. 6 u. 7 des RdErl. vom 24. 3. 1937 — MBliV. S. 498),
- b) bei Beamten, die die BesGr. A 8 a durchlaufen haben, in der BesGr. A 7 a um höchstens 4 Jahre, in der BesGr. A 5 b um höchstens 8 Jahre (Abschn. B IV des RdErl. vom 20. 3. 1941 — MBliV. S. 487).

III. Zuständigkeit für die Festsetzung des BDA. und DDA.

(1) Für die Festsetzung des BDA. und DDA. sind im allgemeinen die Kassenanschlagstellen zuständig, soweit nicht nach dem Reichsbesoldungsgesetz (RBesG.), den Besoldungsvorschriften (BV.) oder den sonstigen maßgebenden Bestimmungen die Festsetzung ausdrücklich der obersten Reichsbehörde vorbehalten ist.

(2) Meine Zuständigkeit ist insbesondere gegeben:

- a) bei allen Zweifelsfragen,
- b) bei Anrechnung von Vordienstzeiten zum Ausgleich von Härten auf das BDA. gemäß § 6 RBesG. oder auf das DDA. gemäß Nr. 82 BV., soweit nicht die Durchführung der Anrechnung bereits den Kassenanschlagstellen zur selbständigen Erledigung übertragen ist (RdErl. vom 2. 7. 1942 [Befehlsbl. S. 183] und RdErl. vom 11. 11. 1942 [Befehlsbl. S. 344]),
- c) für die Festsetzung des BDA. eines Beamten des höheren Verwaltungsdienstes bei der ersten planmäßigen Anstellung in der laufenden planmäßigen Eingangsgruppe (BesGr. A 2 c 2),
- d) für die Festsetzung des DDA. eines Assessors bei Antritt des Probendienstes oder eines Regierungsassessors bei endgültiger Übernahme in das außerplanmäßige Beamtenverhältnis.

(3) Dagegen ist bei dem Aufsteigen eines Beamten des höheren Dienstes in eine der Beförderungsgruppen (BesGr. A 2 b und höher) das BDA. von den Kassenanschlagstellen nach den Vorschriften des § 7 RBesG. ohne meine Mitwirkung festzusetzen. In gleicher Weise ist zu verfahren, wenn ein Beamter

Wege der Beförderung aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe in die BesGr. A 2c2 gelangt (z. B. bei Beförderung eines Kriminalrats oder Kriminaldirektors zum Regierungs- u. Kriminalrat).

IV. Ausfertigung einer BDA.-Berechnung für die Personalakten.

Für die Beamten von der BesGr. A 2c2 aufwärts werden die Personalakten im RSHA. aufbewahrt und verwaltet. Wird bei einem dieser Beamten das BDA. anlässlich einer Beförderung oder aus einem anderen Grunde durch die Kassenanschlagstellen in eigener Zuständigkeit neu festgesetzt, so ist in jedem Falle eine für die Personalakten bestimmte Ausfertigung der BDA.-Berechnung mir vorzulegen.

An die Kassenanschlagstellen
der Sich.Pol. — Befehlsblatt S. 84.

Verbot ausländischer Druckschriften.

RdErl. des RF~~u~~ChdDtPol. i. RMdI. vom 12. 3. 1943
— S IV C 3 Nr. 8269/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung des Buches

„Die Zweckfrage der Ehe in neuer Beleuchtung“
von Bernhardin K r e m p e l, Benziger & Co., Einsiedeln-Zürich-Köln 1941,

verboten.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 85.

Verbot ausländischer Druckschriften.

RdErl. des RF~~u~~ChdDtPol. i. RMdI. vom 15. 3. 1943
— S IV C 3 Nr. 8175 u. 4174/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda werden auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres die Bücher

„Gestalter der Zukunft. Die fesselndsten Laboratoriumserrungenschaften von heute“ von Bruce Bliven, Steinberg-Verlag, Zürich 1943,

und

„Gott und unsere Zeit“ von Burkard Frischkopf, Verlagsanstalt Benziger & Co., Einsiedeln, 1941,

von der Verbreitung im Inlande ausgeschlossen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 85.

Uniform; hier: Spiegel und Umrandungsschnüre auf dem Mantelkragen.

RdErl. des ChdSPuSD. vom 16. 3. 1943
— I A 1 a Nr. 922/42 —

(1) Der Reichsführer~~u~~ hat den Befehl, daß auf dem Mantelkragen keine Spiegel zu tragen sind, aufgehoben. Der auf Grund dieses Befehles veröffentlichte RdErl. vom 14. 1. 1943 — S I A 1 a Nr. 922/42 — (Befehlsbl. S. 20) tritt damit außer Kraft. Spiegel sind auf dem Mantelkragen ab 1. 4. 1943 wieder zu tragen.

(2) Ausgenommen sind:

- Ledermäntel,
- Wettermäntel,
- Übermäntel,
- Wachmäntel (Pelz),
- Feldmäntel.

(3) Die Umrandungsschnüre des Mantelkragens sind nicht wieder anzubringen, sondern von den einzelnen Dienststellen gesammelt bei den zuständigen Bekleidungslieferstellen abzugeben.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 85.

Erholungsurlaub für das Urlaubsjahr 1943.

RdErl. des RSHA. vom 17. 3. 1943

— I A 1 a Nr. 100/43-360-4 —

Nachstehende Anordnung des RMdI. über den Erholungsurlaub für 1943, die im RGBl. I 1943 S. 122 veröffentlicht ist, teile ich zur Kenntnisnahme und Beachtung mit. Die Anordnung gilt auch für die hauptamtlichen Angehörigen des SD/RF~~u~~.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 85.

Anlage:

Anordnung über eine weitere Kürzung des Erholungsurlaubs der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst für das Urlaubsjahr 1943.

Vom 2. März 1943.

Auf Grund des Erlasses des Führers zur personalrechtlichen Vereinfachung vom 9. März 1942 (Reichsgesetzblatt I S. 120) wird im Benehmen mit den übrigen Reichsministern der Erholungsurlaub der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst für das Gebiet des Großdeutschen Reiches für das Urlaubsjahr 1943 wie folgt geregelt:

1. Erholungsurlaub wird nur gewährt, wenn nach Ansicht des Dienstvorgesetzten eine Urlaubsbedürftigkeit vorliegt und die Geschäftslage der kriegswichtigen Arbeiten den Urlaub zuläßt.
2. Der Erholungsurlaub beträgt grundsätzlich höchstens 14 Werktage, für Beamte und Angestellte, die vor dem 1. April 1894 geboren sind, grundsätzlich höchstens 20 Werktage.
3. Eine Übertragung von Urlaubsresten aus dem Urlaubsjahr 1942 über den 31. März 1943 hinaus findet nicht statt.
4. Eine Abgeltung nicht erhaltenen Erholungsurlaubs findet in keinem Falle statt.
5. Der Urlaubsbeginn ist während der Zeit vom 1. Mai bis 30. September grundsätzlich auf die Wochentage Dienstag bis Freitag festzusetzen, es sei denn, daß eine Reise nicht beabsichtigt oder sichergestellt ist, daß der Antritt der Reise nicht in der Zeit von Sonnabend bis Montag erfolgt.
6. Vorschriften, die diesen Bestimmungen entgegenstehen, finden keine Anwendung.

Unberührt bleiben jedoch die Sondervorschriften über Erholungsurlaub nach Entlassung aus dem Kriegsdienst, über Erholungsurlaub für beschädigte Beamte und Angestellte, über Mindesturlaub bei Arbeiten mit besonderer gesundheitlicher Gefährdung und über Urlaub für abgeordnete verheiratete und Verheirateten gleichgestellte Beamte und Angestellte bei Reisen zum Besuch der Familie.

7. Diese Anordnung findet auf Beamte und Angestellte der Wehrmacht keine Anwendung.

Lenkung des Reiseverkehrs.

RdErl. des RSHA. vom 17. 3. 43

— I A 1 a Nr. 100/43-360-4 —

Der nachstehend abgedruckte RdErl. des RMdI. vom 2. 3. 1943 wird zur Kenntnisnahme und Beachtung bekanntgegeben.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 85.

Anlage:

Lenkung des Reiseverkehrs.

RdErl. des RMdI. vom 2. 3. 1943

— II a 181 III/43-6460 —

(1) Der totale Krieg erfordert gebieterisch eine weitestgehende Rücksichtnahme des Reiseverkehrs auf die Verkehrslage bei der Deutschen Reichsbahn.

(2) Ich bestimme daher im Einvernehmen mit dem RVM. folgendes:

1. Nr. 5 der Anordnung über eine weitere Kürzung des Erholungsurlaubs der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst für das Urlaubsjahr 1943 v. 2. 3. 1943 (RGBl. I S. 122) findet auf sonstige Dienstkräfte des öffentlichen Dienstes entsprechend Anwendung.
2. Der Erholungsurlaub ist in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September möglichst gleichmäßig zu verteilen; er ist während der Sommerschulferien grundsätzlich nur solchen Beamten und sonstigen öffentlichen Bediensteten zu gewähren, die schulpflichtige Kinder haben.
3. Eine stundenweise Dienstbefreiung am Wochenende zum Zwecke der Durchführung einer Reise auf der Reichsbahn ist nur in den dringendsten Ausnahmefällen zu gewähren.
4. Dienstreisen sind tunlichst außerhalb des Wochenendverkehrs zu legen.

— MBIV. S. 381.

Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen
Auslandspresse.RdErl. des RF//uChdDtPol. i. RMdI. vom 18. 3. 1943
— S IV C3 Nr. 4591/F —

Im Benehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird nachstehend aufgeführte Korrespondenz ab sofort von dem allgemeinen Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse ausgenommen:

„Südost-Kurzdienst“ — Agram —

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 86.

Überführung der Freimaurerkartei vom Amt IV zum
Amt VII des Reichssicherheitshauptamtes.

RdErl. des RSHA. vom 22. 3. 1943

— II A 1 Nr. 23 II/43-154-2-g —

(1) Die bisher beim Amt IV (Ref. IV C 1) befindliche Freimaurerkartei des RSHA. wird ab sofort mit dem dazugehörigen Personal zum Amt VII (Ref. VII B 1) übergeführt. Die Bearbeitung von Freimaurerangelegenheiten unter dem Gesichtspunkt der Gegnererforschung und -bekämpfung durch die Dienststellen der Geh. Staatspolizei wird durch die Regelung nicht berührt.

(2) Die durch diese Anordnung betroffenen Dienststellen haben wegen der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen unverzüglich Verbindung aufzunehmen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 86.

Geheime Staatspolizei

Verfehlungen von Angehörigen der Geheimen
Staatspolizei.

RdErl. des RSHA. vom 19. 3. 1943

— I A 2 a Nr. 42 031/42 —

Die Berichte über Verfehlungen von Angehörigen

der Geh. Staatspolizei sind ab 1. 4. 1943 nicht mehr zu erstatten.

Den RdErl. RSHA. vom 21. 10. 1942 — I A 2 Nr. 35 466/42 — und den Nachtrag vom 30. 10. 1942 — I A 2 Nr. 42 031/42 — (nicht veröffentl.) hebe ich mit gleicher Wirkung auf.

An die Geh. Staatspolizei.

— Befehlsblatt S. 86.

Reichskriminalpolizei

Sondermeldung über Festnahme von Ausländern.

RdErl. des RSHA. vom 11. 3. 1943

— V A 1 b Nr. 75/43 —

Der RdErl. des RSHA. vom 18. 2. 1943 — IV C 2 Allg. Nr. 40 620 — (Befehlsbl. S. 63) ist auch von der Kriminalpolizei zu beachten. Die RdErl. des RSHA. vom 6. 6. 1940 — V A 2 Nr. 89/40 — (Befehlsblatt S. 52) und vom 21. 7. 1941 — V A 1 Nr. 621/41 — (RdErl. an alle KP(L)-Stellen) werden entsprechend eingeschränkt.

An die Staatl. Kriminalpolizei. — Befehlsblatt S. 86.

Polizeihaft.

RdErl. des RF//uChdDtPol. i. RMdI. vom 19. 3. 1943
— S II A 2 Nr. 57/43-176 —

I. (1) Ich ermächtige die Kriminalpolizei(leit)stellen, im Rahmen eines kriminalpolizeilichen Ermittlungsverfahrens Polizeihaft anzuordnen.

(2) Polizeihaft ist zulässig,

a) wenn Verdunkelungsgefahr oder Fluchtverdacht vorliegt;

b) wenn das Ziel eines kriminalpolizeilichen Ermittlungsverfahrens ohne ihre Anordnung gefährdet wäre;

c) wenn ihre Anordnung dem gesunden Volksempfinden entspricht.

II. (3) Polizeihaft darf höchstens 3 Wochen dauern.

(4) Ist eine weitere Haft notwendig, so ist

a) entweder ein richterlicher Haftbefehl zu erwirken,

b) oder spätestens vor Ablauf der 3 Wochen eine Überführung in kriminalpolizeiliche Vorbeugungshaft nach den hierfür geltenden Vorschriften zu veranlassen.

III. (5) Die Anordnung der Polizeihaft ist der festgenommenen Person spätestens innerhalb 24 Stunden nach Festnahme zu Protokoll zu eröffnen.

(6) Sofern keine besonderen Bedenken entgegenstehen, ist den nächsten Angehörigen (Ehefrau, Eltern, Kindern oder Geschwistern) mitzuteilen, daß Polizeihaft angeordnet ist und wo sich der Häftling befindet.

(7) Bei der Anordnung von Polizeihaft gegen Beamte, Behördenangestellte, Notare, Rechtsanwälte,

Konkurs-, Nachlaß-, Zwangsverwalter, Pfleger und Vormünder ist der RdErl. vom 22. 8. 1942 — II A 2 Nr. 184 II/42-176 — (Befehlsbl. S. 247) zu beachten. Außerdem sind die RdErl. vom 27. 3. 1941 — IV 328/41 geh. — (nicht veröffentl.) und vom 16. 10. 1942 — IV E 2 a — 740/42 g — (nicht veröffentl.) — für die dort bezeichneten Personen zu beachten.

(8) Bei der Anordnung von Polizeihaft gegen Mitglieder der NSDAP. und ihrer Gliederungen sind die für sie zuständigen Parteidienststellen unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen. Des Weiteren sind die RdErl. vom 10. 8. 1938 — S V 1 Nr. 284 II/38-151 — (MBliV. S. 1311), vom 21. 11. 1942 — II A 1 Nr. 230 VII/41-151 — (nicht veröffentl.) und vom 28. 11. 1942 — V A 1 Nr. 2320/42 — (nicht veröffentl.) zu beachten.

An die Kriminalpolizei. — Befehlsblatt S. 86.

Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis.

RdErl. des RF~~u~~ChdDtPol. i. RMDI. vom 19. 3. 1943 — S II A 2 Nr. 57/43-176 —

In Abänderung des RdErl. vom 30. 6. 1938 — Pol. S V 1 Nr. 12/38-180 — (MBliV. S. 1087) bestimme ich:

1. Das Reichskriminalpolizeiamt und die Kriminalpolizei(leit)stellen sind in demselben Umfang wie das Geh. Staatspolizeiamt und die Staatspolizei-

(leit)stellen zu Eingriffen in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis berechtigt. Die insoweit erforderlichen Anordnungen sind von den Leitern der Kriminalpolizei(leit)stellen oder ihren ständigen Vertretern persönlich zu treffen.

2. Die Orts- und Kreispolizeibehörden sind durch die Kriminalpolizei(leit)stellen mündlich von dieser Befugnis der Kriminalpolizei(leit)stellen in Kenntnis zu setzen.
3. Da eine wirksame Durchführung einer allgemeinen Postkontrolle gegen eine bestimmte Person besondere technische Voraussetzungen erfordert, haben sich die Kriminalpolizei(leit)stellen vorerst auf die Anordnung von Einzeleingriffen (z. B. Beschlagnahme einzelner Postsendungen) zu beschränken. Halten sie die Verhängung einer allgemeinen Postkontrolle gegen eine bestimmte Person für notwendig, so ist diese bis auf weiteres durch Vermittlung der örtlich zuständigen Staatspolizei(leit)stelle in die Wege zu leiten. Das Reichssicherheitshauptamt (Amt V) kann jedoch die Kriminalpolizei(leit)stellen, bei denen die technischen Voraussetzungen zur Durchführung einer wirksamen allgemeinen Postkontrolle gegen eine bestimmte Person vorliegen oder geschaffen werden, von dieser Beschränkung freistellen.

An die Kriminalpolizei.

— Befehlsblatt S. 87.

Verschiedenes

Privatkinderheim Güldendorf über Frankfurt/Oder.

RdErl. des RSHA. vom 15. 3. 1943

— I A 6 Nr. 258/43 —

(1) In Güldendorf bei Frankfurt/Oder befindet sich ein Privatkinderheim, welches von der Leiterin, Frau Mathilde Heimer, nationalsozialistisch geführt wird und Kinder für längere oder kürzere Zeit aufnimmt. Das Heim wird ständig durch einen Arzt (H~~u~~-Führer) betreut. Es ist auch unter den heutigen Umständen sichergestellt, daß die Kinder gesund und zweckentsprechend ernährt werden können.

(2) Der Preis für die Unterbringung und Verpflegung beträgt je Kind und Monat 85 RM. Bettwäsche und Schuhputzmittel müssen gestellt werden. Ferner ist erwünscht, daß die Wäsche der Kinder gezeichnet ist.

(3) Anfragen und Anmeldungen sind schriftlich oder fernmündlich (Anruf: Frankfurt/O. Nr. 3897) unmittelbar an die Heimleiterin zu richten.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 87.

Verlust eines Dienstausweises.

Der am 1. 1. 1943 für H~~u~~-Oberscharführer Karl Feulner, H~~u~~-Nr. 104 296, erstellte rote Dienstausweis Nr. 19 060 ist verlorengegangen. Der Ausweis wird für ungültig erklärt. Bei Auffindung wird um umgehende Einsendung an das Ref. I A 5 des RSHA. gebeten.

(I A 5 d Az.: 26 433)

— Befehlsblatt 1943 S. 87.

Verlust eines Dienstausweises.

Der am 1. 1. 1941 für H~~u~~-Rottenführer Helmut Knauer, H~~u~~-Nr. 294 491, erstellte rote Dienstausweis Nr. 472/41 ist verlorengegangen. Bei Auffindung wird um umgehende Einsendung an das Ref. I A 5 des RSHA. gebeten.

(I A 5 d Az.: 28 991)

— Befehlsblatt 1943 S. 87.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Pol.Inspector: Pol.Insp.Anw. Hum-
burg.

Abgeordnet: H~~u~~-Sturmchefführer Reg.Rat Friedrich zum Befh. Riga zur Dienstleistung beim Kdr. Minsk, H~~u~~-Sturmchefführer Reg.Rat Hülf zum Befh. Kiew unter Aufhebung der Abordnung als Verbindungsführer zum Wirtschafts-Sonderbeauftragten bei der Deutschen Gesandtschaft in Bukarest.

Befehlshaber und Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Eingesetzt als Kdr. in Paris: H~~u~~-Obersturmbannführer Lischka (bisher m. d. Wahrnehmung der Dienstgeschäfte d. Kdr. beauftragt).

Staatspolizei(leit)stellen.

Eingesetzt als komm. Leiter der Stapostelle Innsbruck: H~~u~~-Hauptsturmführer Krim.Rat Hilliges (Innsbruck).

Ernannt zum Reg.Rat: //Obersturmführer Reg-Assessor Dr. Huegel (Stapoleitst. Stuttgart. Die Abordnung zum SD-LA. Stuttgart bleibt bestehen).

Versetzt: Pol.Ob.Inspector Rachfahl (Schneidemühl) zum RSHA.;
die Pol.Inspektoren Schuto (Bremen) n. Brünn, Lieder (Danzig) n. Karlsruhe.

Abgeordnet: //Hauptsturmführer Pol.Inspector Groß (Wien) n. Salzburg; Pol.Inspector Tefehne (Köln) zum Kdr. Bialystok.

Kriminalpolizei(leit)stellen.

Abgeordnet: //Standartenführer Reg. u. Krim.Direktor Haertel (KPLSt. Berlin) m. d. Ziele der Versetzung zum 1. 4. 1943 n. Hamburg als Leiter.

SD.

Kommandiert: //Obersturmführer Eugen Bauer zum //Pers.Hauptamt.

Versetzt: die //Hauptsturmführer Fritz Wölbing zum SD-A. Klagenfurt, Emil Evert zum RSHA.-I; //Obersturmführer Walraven Genth zum RSHA.-III;
//Untersturmführer Horst Wahlmann zum Kdr. Lemberg.

Ernannt: //Obersturmführer Josef Weiden zum ASt.Leiter bei der SD-HASt. Kassel.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum apl. Pol.Inspector: die Pol.Insp.Anw. Riedel, Klose u. Kinzel (sämtl. Stapoleitst. Breslau);

zum apl. Krim.Assistenten: die Krim-Assistentenanw. Wolfgang Franz, Werner Gopon, Horst Hohaus, Walter Klose, Joachim Kluge u. Walter Stelzer (sämtl. KPLSt. Breslau), Adolf Heß (Stapoleitst. Stuttgart) u. Erich Redner (Stapost. Innsbruck).

— Befehlsblatt 1943 S. 87.